

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5,50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg., Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4598. — **Postfachkonto** Nr. 53477

**Redaktion:** Leipzig, Tauscher Str. 19/21  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 18083. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauscher Straße 19/21 — Telephon 4598

**Insertenpreise:** Die 7 gespaltene Kolonelselle oder deren Raum 1,00 Mk., bei Platzvorschrift 2,30 Mk.; Familienanzeigen, die 7 gespaltene Zeile 1,70 Mk. Reklame-Kolonelselle 7,50 Mk. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Annahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Ein neuer Antistreich-Erlaß an die Eisenbahner.

Berlin, 28. Dezember. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Freiheit veröffentlicht einen neuen Antistreich-Erlaß des Reichsverkehrsministers Gröner. Dieser hat an sämtliche Zweigstellen der Generaldirektionen und Eisenbahndirektionen folgendes Telegramm geschickt:

Der klare und feste Standpunkt der Reichsregierung zur Frage des Beamtenstreiks (siehe Reichsverkehrsminister 24) ist von den Herren Präsidenten mit allem Nachdruck zu vertreten. Hierzu werden folgende Richtlinien gegeben:

1. Mit den Beamtenstellen unvereinbar ist eine zum Streik treibende Tätigkeit von Beamten usw. in und außer der Dienstzeit. Die Vorkommnisse bei dem Kapp-Putsch haben den Beamten vollkommen die Köpfe verwirrt.

2. Streikagitation innerhalb der Dienststunden und Diensträume ist unzulässig. Anschläge an Eisenbahngebäuden, die zum Streik anfordern, sind zu verhindern. Ebenso die Verteilung von Flugzetteln unter der Beamtenschaft zum Zweck der Streikagitation.

3. Die geeigneten Mittel zur Bekämpfung des Streikfeuers unter der Beamtenschaft sind anzuwenden. Dazu gehört insbesondere Aufklärung über die schweren Folgen von Beamtenstreiks für den einzelnen Beamten, für die gesamte Beamtenschaft und ihre Stellung im Staate, für den Staatsgedanken, sowie für unsere politische und wirtschaftliche Entwicklung überhaupt.

4. Reichsregierung und Parlament haben die Not der Beamten durch die im Dezember getroffenen Maßnahmen anerkannt und werden auch weiterhin auf eine Milderung dieser Notlage hinarbeiten. Die unbewiesenen fortgesetzten Streikandrohungen dagegen scheinen nur eine Aufgabe zu haben: eine gerechte, und so weit es die Verhältnisse zulassen, befrriedigende Lösung der Forderungsforderung zu verhindern.

Diese Verfügung, die an die schönen Zeiten der Beamtenknebelung unter dem wilhelminischen Minister Rüdde erinnert, wird den höheren Eisenbahnbürokraten willkommenen Anlaß zur Schürriegelung unbehaglicher Untergebenen geben. Was läßt sich nicht alles unter „streiktreibender Tätigkeit“ verstehen! Und wie hübsch läßt sich ein Spießdienst einrichten und rechtfertigen, wenn auch das Verhalten des Beamten außer Dienst kontrolliert werden muß! Es wird eine Wera der Angeberei beginnen, man wird den Zusammenhalt der Beamten durch Spieß zu sprengen versuchen, dem Lumpentum wird Tür und Tor geöffnet. Das ist das Koalitionsrecht in der Republik.

Hübsch ist übrigens der Hinweis auf die Verwirrung, die der Kapp-Putsch im Denken der Beamten angerichtet habe. Es wäre Herrn Groener und den Herren, die heute in der Regierung sitzen, zum mindesten den Sinneseinzelnen natürlich lieber gewesen, wenn die Eisenbahndirektoren damals den Kapp-Putsch durch prompte Weiterleistung ihres Dienstes gefördert hätten.

Wir wünschen lebhaft, daß Reichsregierung und Parlament die Notlage der Eisenbahner nicht nur anerkennen, sondern auch das Nötige tun, um sie zu beheben, damit ein Streik vermieden werden kann. Jedenfalls werden aber Antistreich-Erlasse von diesem Groenerischen Kaliber an der Sache nichts bessern, sondern die Lage nur verschlimmern. Das Streikrecht werden die Beamten mit aller Fähigkeit verteidigen müssen, wenn sie nicht wieder zu Bundesleuten herabsinken wollen.

## Französische Truppen gegen Sowjetrußland?

Berlin, 28. Dezember. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Note Gröners und die internationale veröffentlichten gleichzeitig eine Meldung, die ihnen angeblich aus Süddeutschland zugeht. Danach heißt es: Die oberste französische Befehlshaber hat der 3. französischen Division, deren Standort Mainz ist, den Befehl zugehen lassen, sich marschbereit zu halten, und zwar soll diese Division nach Polen transportiert werden. Es konnte noch nicht festgestellt werden, ob der Transport auf dem Wasser- oder Landwege geschehen soll. Als Tag des Abmarsches wird der 28. Dezember 1920 angegeben. Die 3. Division besteht nur aus weißen Truppen.

Es verleiht sich von selbst, daß wir von der deutschen Regierung Verhinderung jedes gegen ihre Verpflichtung zur Neutralität verstoßenden Truppentransports durch deutsches Gebiet fordern und daß die Arbeiterschaft über die Erfüllung dieser Forderung aufmerksam zu wachen hat.

## Die Bolschewikkonferenz zur deutschen Orgelei-Note.

Paris, 27. Dezember. Die Bolschewikkonferenz hat sich heute mit der Note der deutschen Regierung vom 22. Dezember befaßt, die sich auf die Entwaffnung der Einwohnerwehren bezieht. General Wengand und General Kollet wohnten der Sitzung bei. Wie der Temps meldet, einigte man sich nach kurzer Zeit dahin, daß die Entscheidung dieser Frage angesichts der Wichtigkeit den alliierten Regierungen überlassen werden möchte.

Nach einem Bericht der L. V. wurde bei den Beratungen hervorgehoben, daß die Abrüstung der verschiedenen Organisationen, die in Deutschland bestehen, den Gegenstand eines Übereinkommens in Spa bilden, und daß dieses Übereinkommen direkt

von den Entente-Regierungen abgeschlossen wurde. Unter diesen Bedingungen beschloß die Konferenz einstimmig, die Frage den alliierten Regierungen zur Entscheidung zu übertragen. Sie forderte ferner, daß das interalliierte Militärkomitee in Versailles einen Bericht über den gegenwärtigen Stand der deutschen Abrüstung vorbereite. Dieser Bericht wird den Entente-Regierungen durch das Sekretariat der Bolschewikkonferenz übermittelt werden. Paris, 27. Dezember. Nach Bericht Parisien wird General Kollet in der heutigen Sitzung des Bolschewikkonferenzen über die Aufhebung der Einwohnerwehren in Bayern und Ostpreußen geben.

## Auch die Auflösung der Sicherheitspolizei gefordert?

Frankfurt a. M., 28. Dezember. (L. V.) Der Notenwechsel zwischen der Entente und Deutschland, der sich mit der Frage der Einwohnerwehren nach den Vorschriften des Protokolls von Spa befaßt, hat ein neues Moment ergeben. Die Alliierten haben, wie der Berliner Vertreter der Frankfurter Zeitung erfährt, in Berlin eine neue Note überreichen lassen, worin in entschiedenen Tönen die Entwaffnung und Auflösung der Sicherheitspolizei verlangt wird. Einiges Bestehen erregt es, daß bei mehreren Stellen, die über diese Note unterrichtet sein müßten, darüber bis zur Stunde keinerlei Auskunft zu erlangen war.

## Das Ende der d'Annunzio-Herrschaft in Fiume.

### Italienische Regierungstruppen besetzen die Stadt.

Berlin, 28. Dezember. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Korrespondent der Bolschewikkonferenz meldet aus Rom: Der Feldzug gegen Fiume wurde siegesmäßig eröffnet. Das Vordringen der Regierungstruppen, durch offensives Vordringen d'Annunzios veranlaßt, hatte mehrere hinterhältige Ueberfälle durch die Regimenter zur Folge. Fiume ist bereits bis auf die engste Häusergrenze umzingelt. Die Bewegung wurde in der Nacht auf den 27. Dezember langsam fortgeführt. Die Regierungstruppen sind bereits in die Vororte Fiumes eingebrungen und wurden von der Bevölkerung als Befreier begrüßt. Die Leute d'Annunzios singen abermals unter der Vorherrschaft des Parlamentarismus starke Regierungseinheiten ab. d'Annunzio ließ alle Waffen sprengen. Das Gaswerk wurde von den Regierungstruppen besetzt. In der Stadt sind drei Versuche der Bevölkerung, gegen das Regime d'Annunzios zu revoltieren, blutig erstickt worden. Der Operationsplan der Regierung steht die Befehle des ganzen Gebiets von Fiume vor, worauf die Bevölkerung in freier Abstimmung sich die Verfassung selbst geben soll. In Zara wurden die Regimenter zur Uebergabe gezwungen, nachdem schon ein Handstreich gegen das Kriegsschiff Marsala gescheitert war. Rom ist voll von Gerüchten über den Fall Fiumes, der schließlich erwartet wird. Durch ein in schärfster Form erlassenes Versammlungsverbot wird jede Demonstration im Reich verhindert. Eine Kundgebung, die gestern in Rom versucht wurde, ist schamlos gesprengt worden.

Der Korrespondent des Tageblatts meldet aus Rom: Popolo Romano meldet: Cavaglia drang in Fiume ein. Der Regierungspalast ist von italienischen Truppen umgeben. d'Annunzios Schicksal ist unbekannt.

## Wachstum der englischen Konsumvereinsbewegung.

### Eigenproduktion im großen Maßstab geplant.

Berlin, 28. Dezember. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Aus London wird gemeldet: Der größte Konsumverein des Landes, Wholesale Cooperative Society, arbeitete einen Plan aus, um mittels größerer Kapitalien den Zwischenhandel auszusparteln, der bisher die Konsumvereine besetzte. 1.100.000 Pfund Sterling wurden zum Ankauf von Grund und Boden in verschiedenen Teilen Englands verwendet. Man will Rohstoffequellen erwerben und selbst herstellen, was die Konsumvereine bisher einkauften. Schuhwarenfabriken sollen gegründet, Holz eingekauft, Webstoffabriken eingerichtet, Webereien, Holzgerätschaften usw. erworben werden. Auf den Vieh- und Fischmärkten will man nunmehr direkt einkaufen. Viel Land ist von der Wholesale Cooperative Society in Indien und auf Ceylon zum Anbau von Tee angekauft worden, und zwar in einem Umfang, daß mit einer Ernte von 50 Millionen Pfund gerechnet wird.

## Breslauer Polizei gegen Arbeitslose.

Breslau, 27. Dezember. (L. V.) Im Anschluß an eine Arbeitslosenversammlung auf dem Schloßplatz, die von der Kommunistischen Partei gegen den Willen der Gewerkschaften und des Erwerbslosenrates einberufen worden war, wollten die Teilnehmer nach dem Rathaus ziehen, trotzdem der Polizeipräsident Umzüge verboten hatte. Die Menge griff die zum Schutze des Rathauses aufgestellte Polizei an. Nach dem die Polizei Schreihülse abgegeben hatte, zerstreute sich die Menge. Durch zurückfallende Kugeln (?) wurden einige Personen verwundet; eine ist ihren Verletzungen erlegen. Mehrere Beamte wurden durch Schläge und Steinwürfe verletzt. Vor dem Rathaus kam es später noch zu Ansammlungen, die nach Verhaftung einiger Personen zerstreut wurden.

## Die Wirtschaftsgrundzüge der bolschewistischen Partei.

Wenn man sich heute mit dem Stand der Wirtschaft in Rußland beschäftigt, so wird man gut tun, nicht von der Wirtschaft der Sowjets, der Räte zu sprechen. Diese Einrichtung, eine elementare Schöpfung der proletarischen Massenrevolution, ist planmäßig, Stück für Stück abgebaut worden und gegenwärtig ist sie so gut wie beseitigt. An ihre Stelle ist die Herrschaft der bolschewistisch-kommunistischen Partei getreten, deren spezifische Schöpfung die gegenwärtigen Wirtschaftsmethoden in Rußland sind. Diese tatsächliche Feststellung ist notwendig, wenn man den Streit um die fest ausgebildete Form der russischen Wirtschaft und ihre Entwicklungsmöglichkeiten verstehen will. Dieser Streit nimmt die allgemeine Aufmerksamkeit in Anspruch, er erfordert das besondere Interesse des internationalen Proletariats, weil die russische Revolution seine eigene Angelegenheit ist, es muß aus dem bisherigen Verlauf der Ereignisse die erforderlichen Lehren zu ziehen versuchen für die soziale Revolution in den andern Ländern und schließlich ist die außer-russische Arbeiterklasse zu einer grundsätzlichen Stellungnahme gezwungen, weil sie in wachsendem Maße immer noch versucht, die Methoden der bolschewistischen Partei als die für die ganze kapitalistische Welt einzig mögliche und richtige Kampfweise zu betrachten. Des weiteren werden sich nach der Niederwerfung der äußeren Feinde Rußlands in der nächsten Zeit im Innern des Landes ökonomische Verschiebungen vollziehen, die von der größten Tragweite sein müssen. In dem Maße, wie die bolschewistische Regierung dazu übergeht, auswärtigen Kapitalmächten Konzessionen und Ausbeutungsgarantien über die schatzhaften Naturreichtümer Rußlands zu vergeben, besteht sie zu, daß sie dem wirtschaftlichen Aufbau des Landes im kommunistischen Sinne nicht gewachsen ist. Die bolschewistische Partei greift zu dem Mittel der Mitteleilung ausländischen Kapitals nicht aus Neigung zum Kapitalismus, sondern weil sie infolge der zunehmenden inneren Nöte dazu gezwungen sein wird. Damit tritt der Bolschewismus aber auch in seine entscheidende Krise. Aus allen diesen eminent wichtigen Gründen ist eine Betrachtung der russischen Wirtschaftsprobleme immer wieder geboten.

Die bolschewistischen Führer und Organe werden natürlich nicht müde, dem internationalen Proletariat die Richtigkeit und Sieghaftigkeit ihrer Prinzipien immer wieder in den grellsten Farben zu schildern. Die Führer anderer Arbeiterparteien Rußlands, so vor allem die Genossen Abramowitsch und Martow, berichten das ungefähre Gegenteil. Und ebenso geteilt sind die Meinungen der zahlreichen Rußlandsfahrer. Aber greifen wir aus der Fülle der Berichte zwei Bücher heraus, die von ökonomisch gesunden Männern stammen und die Kernfragen der augenblicklichen russischen Wirtschaftsoverfassung behandeln — die Bücher von Dr. Alfons Goldschmidt\* und Prof. Dr. Carl Ballod.\*\* Beide Schriften ergänzen sich vortrefflich; während der Bolschewik-Enthusiast Goldschmidt vorwiegend das russische Wirtschaftssystem darstellt, liefert Ballod eine gedrängte Uebersicht über den Stand der Wirtschaft in Rußland, befähigt uns, Goldschmidts Schilderungen wirklich positiv-kritisch zu prüfen.

Goldschmidt hat etwa acht Wochen zu Studienzwecken in Rußland gewohnt. Richtiger in Petersburg und Moskau, in den politischen und wirtschaftlichen Zentralen der bolschewistischen Partei. Sein Material, seine Informationen empfangt er von der neurrussischen Bürokratie. In diesen Quellen studierte er — soweit das in acht Wochen möglich ist — das System, die Form der bolschewistischen Wirtschaft. Den tatsächlichen Stand hat er nicht kennen gelernt. In seinem Tagebuch „Moskau 1920“ (in demselben Verlag), das dem Wirtschaftsbuch vorangibt, schildert Goldschmidt anschaulich seinen Moskauer Aufenthalt; da wird über das Zusammenarbeiten mit Krzyzhanowstch, dem Elektrizitätsorganisator Rußlands, berichtet, in seinem Bureau begriff Goldschmidt „den Sinn des ökonomischen und sozialen Sozialismus“. Ähnliches berichtet er über seine Unterredungen mit Stimfel, der die Metallwirtschaft leitet. Diese einseitige und unzulängliche Vorarbeit vermindert den objektiven Wert des Buches ganz außerordentlich, aber es gewinnt andererseits wieder insofern, als es uns die russische Wirtschaftsorganisation, die Ueberzentralisierung und Ueberbürokratisierung drastisch vor Augen führt.

Der Zentralismus, der Ueberzentralismus, aus dem der Bürokratismus naturnotwendig herauswächst, bildet die Grundlage der russischen Wirtschaft. Auf dem Papier steht eine von unten auf gegliederte Rätevertretung, aber sie ist nicht vor-

\* Die Wirtschaftsorganisation Sowjet-Rußlands, von Dr. Alfons Goldschmidt. Berlin 1920. Verlag Ernst Rowohlt. 306 Seiten. Preis broschiert 40 Mk., gebunden 50 Mk.

\*\* Sowjet-Rußland, von Prof. Dr. Carl Ballod. Berlin 1920. Verlag der Freiheit. 60 Seiten. Preis broschiert 5 Mk.



handen oder doch nur als ausgesprochene Parteivertretung. Der Oberste Volkswirtschaftsrat, zusammengesetzt aus einer kleinen Zahl von Diktatoren, die sich mit einem Riesennetz von Bureaunkräften umgeben haben. Goldschmidt schreibt über die letzte Organisationsgestaltung:

„Die finanzielle und ökonomische Zusammenziehungsgewalt von oben und der Trieb von unten nach oben, prägen sich von Tag zu Tag klarer aus. Dementsprechend konnten Zwischensitzungen, wie das Plenum, fortfallen, während oben die Organisation nach der Spitze hindrängt. Schließlich, (das ist die Entwicklung der letzten Monate) wurde die Organisation getrennt von einigen Zentralkommissionen, die das gesamte Wirtschaftsprogramm und die gesamte Ausnutzung der Produktion vorzuschreiben und zu bestimmen haben. Selbstverständlich mit Einwilligung des Präsidiums und des Rates der Volksbeauftragten sowie nach Bestätigung durch den Gesamtkongress.“

Der letzte Satz ist köstlich; er soll den Anschein einer breiten Basis erwecken. In dem ist das „Präsidium“ und der „Rat“ je ein Kollegium von sechs Männern und der „Gesamtkongress“ eine Versammlung dreimal gewählter bolschewistischer Parteifunktionäre. Der Zentralismus in seiner kräftigsten Einseitigkeit beherrscht also die russische Wirtschaft. Dafür eine weitere Probe:

„Neuerdings wurde nach Vereinfachung des Verfahrens vereinfacht. Das Präsidium wird nunmehr vom Gouvernementssekretariatskomitee und dem Gouvernementsgewerkschaftsrat bestimmt.“

In der Tat höchst einfach, wenn die kleine Bürokratie die große erennt, wobei das zwingende Abhängigkeitsverhältnis zwischen Gouvernementswirtschaftsrat und Oberstem Rat zu beachten ist, dessen „Wille immer maßgebend ist“. Daraus ist ersichtlich, daß eine kleine Anzahl von Personen die ökonomische Diktatur uneingeschränkt ausüben.

### Kommunistische Theorie und Praxis.

In den Leunawerken, die bekanntlich eine sehr radikale Arbeiterpartei haben, wird von einem großen Teil der Belegschaft weit über 8 Stunden täglich gearbeitet. Ein Teil von ihr hat allerdings die 48-Stunden-Woche. Ein anderer aber arbeitet immer noch 56 und auch 72 Stunden in der Woche. Schon seit langem wird von den wirklich klassenbewußten Arbeitern des Leunawerkes die allgemeine Einführung der 48-Stunden-Woche gefordert. Der radikale Leunawerker, der die 48-Stunden-Woche aber sabotiert diese Forderung. Es wurde zu Anfang dieses Jahres schon eine Kommission eingesetzt, die aber so schön arbeitete, daß die Arbeiterpartei über ihr Wirken nichts erfuhr. Wiederholte Fragen wurden vom Betriebsrat mit inhaltlosen Worten beantwortet: „Ja, Kollegen, die Sache ist im Gange. Es gibt aber solche Widerstände, die die Sache in die Länge ziehen, zu überwinden; macht uns doch Vor schläge!“ So verging ein halbes Jahr. Vor ungefähr 8 Wochen hatte die Werksleitung einen Plan vorgelegt, der von zwei Ingenieuren ausgearbeitet worden war und der die reine 48-Stunden-Woche vorsah. Er entfaltete eine wahre Entzweiung unter den Kumpeln der 48- und 72-Stunden-Woche. Es sind alles Moskauer mit dem Sowjetkern auf der Brust, unter dem Exepter Bernhard Koenens, des Bruders Wilhelm Koenens. Sie sind für Moskau, aber sie wollen nicht etwa auf den Mehrerwerb durch die Überarbeit verzichten. Ein Betriebsratsmitglied meinte dazu, man könne es den Leuten nachsehen, für sie bedeute die Einführung der 48-Stunden-Woche einen Verlust von 4-5000 Mark im Jahre, und übrigens sei ja im Bezirk die Zahl der Arbeitslosen gering und von auswärts Leute heranzuziehen, das bringe große Schwierigkeiten in der Bahnbesetzung und Unterzucht mit sich. So denken die kommunistischen Betriebsratsmitglieder von Leuna, während man bei den Kumpeln in Leuna täglich Leute entläßt, die das Heer der Arbeitslosen vermehren. 1000 bis 1200 Arbeitslose könnten Arbeit finden, wenn die 48-Stunden-Woche allgemein eingeführt würde, aber bis heute ist die 56- bzw. 72-Stunden-Woche (davon aller 3 Wochen 16 Stunden Sennarbeit mit 30 Prozent Zuschlag) noch nicht abgelehnt.

Derartige kommunistische Prinzipienlosigkeit ist nicht etwa aus dem Wert in Leuna beschränkt. In der Druckerei Volksblatt in Halle, die in den Händen der Neu-Kommunisten ist, wird zurzeit ein Versuch kommunistischer Kopfhalter hergeseht, an die sechs bis sieben, daneben drückt man Massenauflagen kommunistischer Flugblätter. Anstatt nun den Arbeitsmarkt durch Einstellung von Arbeitslosen zu entlasten, arbeiten die Buchdrucker, Druckereihilfsarbeiter und Buchbinder Tag und Nacht, Sonntags und in der Woche. Der Buchbinder des Betriebs, einer von den kommunistischen Hauptredaktoren, der gleichzeitig Vorsteher des Buchbinderverbandes ist, hat in einer Woche 96 Stunden gearbeitet. Er hat zwar keine Frau zur Arbeit mitgebracht (die Familie ist kinderlos), ebensolange eine ganze Anzahl arbeitlicher weiblicher Arbeitskräfte vorhanden ist. Um noch mehr zur Überstundenarbeit anzureden, spendierte ein neuer Parteigenosse, der ein Kommunist, der nebenbei noch sein Barbiergehäft betreibt, im Auftrag der Parteileitung für die arbeitenden Frauen 100 Mark für 2-Gololoue.

Vor kurzem streikten in Halle die städtischen Hilfsangehörigen. Sie forderten Zulagen, die einen Aufwand von 2 Millionen für die Stadt im Jahre bedeuteten. Der Magistrat erklärte, daß er sie nur bewilligen könne, wenn für Deckung gesorgt werde. Die sozialistischen Parteien und auch die Neu-Kommunisten stehen keinen Zweifel darüber, daß sie diese Deckung bewilligen würden, vorausgesetzt, daß sie die härteren Schultern tragen werde. Der Magistrat brachte darauf eine Vorlage auf Erhöhung der Grundbesitz- und Gewerbesteuer um 50 Prozent ein. Die unabhängigen Sozialdemokraten und die Rechtssozialisten stimmten der Vorlage zu, damit die Hilfsangehörigen, die schon seit August auf Zulage warteten, endlich zu ihrem Rechte gelangten. Die Neu-Kommunisten aber lehnten die Steuern einkommig ab. Ihr erster Redner begründete die Ablehnung damit, die Steuer sei ungerecht, weil sie nur eine bestimmte Klasse der Hausbesitzer treffe. Der zweite Redner meinte, die Steuern würden auf die Allgemeinheit abgewälzt werden. Von den Rednern der unabhängigen Sozialdemokratie wurden die Herrschaften auf das Unbillige ihrer Haltung verwiesen. Seit Generationen sei es das erste Mal in Halle, daß die Hauswirte, die es unter dem Drel- und Vierklassenwahlrecht immer verstanden hätten, die Lasten der Arbeiterpartei aufzuladen, allein durch eine Steuer belastet würden. Die Gehaltsforderung der Hilfsangehörigen werde ins Wasser fallen, wenn die Deckung abgelehnt werde. Es nißte alles nichts, die Neu-Kommunisten erklärten stolz, sie bewilligten grundsätzlich keine Steuern.

Im Stadtparlament von Halle stehen zurzeit 33 sozialistische Stadtverordneten (6 Mehrheitssozialisten einbezogen) 33 bürgerliche Vertreter gegenüber. Die stärkste Fraktion, die der unabhängigen Sozialdemokratie, stellte den Vorsteher. Nach der Spaltung hatte die unabhängige Partei 17, die neu-kommunistische 10 Abgeordnete. Da die Demokraten 20 Köpfe stark waren, mußte Genosse Hennig als Vorsteher zurücktreten. Die Neu-Kommunisten hatten zwar anfangs erklärt: „Die Spaltung in der Partei geht uns nichts an, wir bleiben eine Fraktion.“ Das lehnten wir ab, so ging die Sache denn doch nicht, was sollte Moskau dazu sagen? Nun erklärten sich die Kommunisten bereit, mit uns eine Arbeitsgemeinschaft zu dem einzigen Zwecke zu bilden, daß der sozialistische Stadtverordnetenvorsteher erhalten bleibe. Bei Stimmengleichheit entscheidet nämlich der Vorsteher. An dem Tage aber, wo dieses Abkommen durchgeführt werden sollte, lehnten die Neu-Kommunisten ab, nahmen sie ihr Wort zurück. Und so mußte Genosse Hennig zurücktreten und ein Exzeptionär wurde Vorsteher, was die Neu-Kommunisten vorausgesehen haben.

### Schaff Zuchthäuser und Gefängnisse!

In der Deutschen Tageszeitung beschäftigt sich just gerade in den Weihnachtstagen — ein Staatsanwalt in einem langen Artikel mit dem „Kampf gegen das Verbrechen“. Auf Grund des amtlichen Zahlenmaterials zeigt er, wie die Kriminalität in den letzten Jahren gewachsen ist. Nach seinen Angaben wurden im Jahre 1919 von preussischen Gerichten nicht weniger als 338 489 Personen verurteilt. Dazu kommen noch 398 610 Personen, gegen die Strafbefehle, hauptsächlich wegen Verbrechen gegen die Zwangswirtschaftsverordnungen, erlassen wurden. Es hatten sich demnach mehr als 2 Prozent der Gesamtbevölkerung Preußens strafrechtlich zu verantworten. Die gewaltige Steigerung der Kriminalität springt sofort in das Auge, wenn man in Betracht zieht, daß im Jahre 1911 z. B. nur rund 1,2 Prozent der Strafmündigen (über 12 Jahre alten) Personen verurteilt wurden. Der Staatsanwalt verfolgt mit seinem Aufsatze den Zweck, nachzuweisen, daß der ganze Justizbetrieb hauptsächlich wegen dieser Häufung der Straffälle, aber auch wegen der Schwere der noch bestehenden bürokratischen Systeme im Zeichen der Arbeitsüberlastung und der kaum zu ertragenden Langwierigkeit des Strafverfahrens stehe. Er sagt, man könne nicht mehr von einer Rechtspflege reden, sondern müsse von einem Rechtsstillstand sprechen. Ganz besonders aber schlägt ihm sein staatsanwaltschaftliches Gewissen deshalb, weil die Verurteilten nicht prompt genug hinter Schloß und Riegel gebracht werden können. „Denn“ — so jammert er — „wenn es der Anklagebehörde gelingt (1) ist, die Sache zur Anklage, zur Verurteilung durch alle Instanzen zu bringen; dann kann sie die Strafe nicht einmal vollstrecken! Es ist kein Mann in den Gefängnissen! Wohlgerichtet, gerade für längere Freiheitsstrafen! Die kleinen Diebe hängt man, die großen läßt man — frei umherlaufen!“

Unabsehbarer Schaden“ sieht der Hüter des Gesetzes aus diesem Zustand entstehen. Vor allem aber habe ja „der Verurteilte ein Recht auf als baldigen Strafvollzug“. Und dieses Recht könne ihm eben jetzt nicht werden. Deshalb schlägt der um die Verurteilten so besorgte Staatsanwalt den folgenden Rat aus:

„Der Zustand ist nicht von gestern, er währt schon Monate und nichts geschieht. Sind denn keine Gefangenenlager, keine früheren Militärbaracken verfügbar? Die großen Militärbaracken stehen seit dem Oktober, nachdem die Militärstrafjustiz übergegangen, fast leer! In den zahlreich entlassenen Unteroffizieren der verminderten Reichswehr könnte ein verlässliches Wachpersonal zur Verfügung. Und wenn das alles nicht geht, dann muß eben etwas andres gefunden werden! So kann es nicht einen Tag (1!) länger weitergehen! Bei dieser Sache erpact jede, noch so hohe finanzielle Aufwendung unerlässlichen Schaden — nicht zum wenigsten am Ansehen der Justiz!“

Um das geschädigte Ansehen der Justiz“ würde der Herr Staatsanwalt wegen dieser Verhältnisse keine so große Sorge haben, wenn er die Stimmung im Volke besser kennen würde. Wenn ihm nicht Berge von Paragraphensammlungen und Aktenstücken den freien Ausblick versperrten, würde er erkennen, daß es ganz anders vorzugehen — besonders aus der letzten Zeit — sind, die die Justiz um alles Ansehen im Volke bringen.

Der Staatsanwalt beschäftigt sich in seinem Artikel nur mit der formal-rechtlichen und technischen Seite der durch die gesteigerte Kriminalität geschaffenen Verhältnisse. Die soziale und politische Seite berührt er überhaupt nicht. Uns und die Masse des Volkes interessiert aber diese um so mehr. Wenn die genannten Statistiken vorliegen, wird Gelegenheit sein, diese Seite näher zu beleuchten. Heute sei nur darauf hingewiesen, daß die Steigerung der Kriminalität die ganz natürliche Folge des Krieges ist. Viele, viele Tausende sind durch das fünfjährige Krieger- und Räuberleben jeder nützlichen Arbeit entmündigt und dafür untauglich gemacht worden. Für viele, viele ist der Krieg geradezu eine Hochschule zur Ausbildung in Verbrechen gewesen. Millionen haben den Verbrechen unter den Bedingungen des Völkerrkrieges, wissen nicht, wie sie sich und ihre Angehörigen auch nur das Notwendigste für den Lebensunterhalt beschaffen sollen. Und die Geschlechter wachsen mit Argusaugen, um jeden der Anläßlichkeiten zu fassen, der sich in diesem furchtbaren Existenzkampf irgendwo in die engen Maschen des Paragraphennetzes verstrickt. Andererseits hat der Krieg auch eine Masse von wirklichen Verbrechen herangezogen, für die die Kriegsnöte eine Quelle unermesslichen Reichtums geworden sind. Verhältnismäßig selten stellt sich werden diese Verbrechen vom Auge des Gesetzes erfaßt. Meist sind es die unglücklichen Opfer des schandlichen Krieges, die in die Hände der Justizmaschinerie geraten. So wächst das Heer der „Gesekverächter“, steigt die Flut der Anklagen und Verurteilungen von Jahr zu Jahr. Und die bürgerliche Gesellschaft kennt kein besseres Abwehrmittel als der preussische Staatsanwalt: Schaff neue Gefangenenanstalten, baut Zuchthäuser!

Ein „Stahlrod“ in dem Körper, Geist und Seele des Volkes gefunden sollten, sollte nach den amtlichen Ausprüchen alldemischer Gewaltpolizei der Kriege sein. Volksgesundheit, Kranken- und Sektionshäuser, überfüllte Zerkennanstalten, Gefängnisse und Zuchthäuser zeigen, welche Wirkungen der „Gesundungsprozess“ in Wirklichkeit ausgeübt hat.

### Vor der Entscheidung im italienischen Sozialismus.

Moskau bietet seinen ganzen Einfluß auf, um die italienische sozialistische Partei zu einer gehorsamen Zweigstelle der kommunistischen Internationale zu machen, d. h. die Spaltung der Partei zu erzwingen. Dem hier kürzlich zitierten Briefe Sinowjews an Serrati ist jetzt ein offizielles Schreiben des Komitees der kommunistischen Internationale an die italienische Parteileitung gefolgt. Der Anwalt veröffentlicht das Revue, 20. Dezember, datierte Dokument, aus dem wir die folgende wesentliche Stelle wiedergeben:

Wir haben Eure Antwort auf den Brief des Exekutivkomitees der kommunistischen Internationale erhalten und sagen Euch offen und ehrlich, daß uns diese durchaus nicht zufriedenstellt. Es hält Euer Zentralkomitee es z. B. noch für möglich, die reformistischen Führer des Bundes der Gewerkschaften, mit D'Aragona an der Spitze, in der Partei zu belassen, trotzdem sie der Amsterdamer Internationale angehören, dieser Hauptwaffe der Bourgeoisie im Kampfe gegen das Proletariat. Wir erklären Euch unzweideutig: Ihr habt zu wählen zwischen Turati, D'Aragona usw. und der 3. Internationale. Die letzten Nummern des Anwalt haben uns überzeugt, daß Serrati mehr und mehr sich dem opportunistischen Zentrum nähert. Die Zauberpolitik seiner Gruppe stützt die 2. Internationale der Gelben. — Nur die italienische kommunistische Fraktion hat zu dem Problem klar Stellung genommen. Wer mit der kommunistischen Internationale gehen will, muß diese Fraktion unterstützen.

Das Exekutivkomitee der 3. Internationale, das Euren Kongress eine große Bedeutung beimisst, hatte die Absicht, zwei Vertreter dazu zu entsenden. Wir sind daran verhindert durch Umstände, die unabhängig von unserem Willen sind. Aber wir haben Euch ja in einer Reihe von Dokumenten unsere Meinung über die Lage, in der Eure Partei sich befindet, zum Ausdruck gebracht. Nun hat das italienische Proletariat das Wort.

Serrati gibt der Veröffentlichung ein Nachwort, in dem er u. a. sagt:

Dieses Dokument tadelt die Parteileitung, weil sie — trotzdem sie in ihrer Mehrheit aus reinen Kommunisten zusammengesetzt ist — es für ihre Pflicht gehalten hat, dem Exekutivkomitee in Moskau die Wahrheit nicht vorzuenthalten. Die Parteileitung hat noch heute Fühlung mit dem Bunde der Gewerkschaften, steht in kameradschaftlichen Beziehungen mit ihm. Wie kann sie auf

ihm den Vorwurf des „Verrats“ sitzen lassen, ohne sich selbst anzuliegen?

Wir möchten Sinowjew fragen, wie die russische Regierung — bei all ihrer Unerschlichkeit gegen die Opportunisten — dem Daily Herald 72 000 Pfund Sterling anbieten konnte, damit er die Politik des opportunistischen Sozialismus propagiere, und wie die kommunistische Internationale den Eintritt der englischen Kommunisten in die Labour Party gefordert, die doch der 2. Internationale angehört, ebenso wie der „gelbe“ von Amsterdam?

Serrati weiß die verkehrlichen Stellen der angeblich illdosen grundsätzlichen Rüstung der russischen Kommunisten geschickt zu verwenden zur Rechtfertigung seiner Politik. Der Hinweis, daß sie oportunistische Politik zu treiben wüssten, wo sie ihnen angebracht erscheint, wird den Moskauern nicht bequem sein, wenn sie die Unerschlichkeit ihrer Forderungen an die italienische Partei begründen sollen.

### Der 8. allrussische Sowjetkongress.

(Rostk.) Am 22. Dezember, um 11 Uhr früh, wurde im Moskauer großen Staatstheater der 8. allrussische Sowjetkongress eröffnet. Bis zum 21. Dezember hat die Mandatskommission des Kongresses 1395 Delegierte, darunter 1211 Kommunisten, 73 Parteilose und ein „Bundist“ (lib. Sozialist) registriert. Die Tagesordnung des Kongresses lautet: 1. Bericht des Rates der Volkskommissäre und des Zentralerekutivkomitees über die äußere und innere Macht der Sowjetrepublik. 2. Die Grundaufgaben des Aufbaues der Volkswirtschaft. 3. Der Aufbau der Industrie. 4. Der Aufbau des Transports. 5. Die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion und die Förderung der Bauernwirtschaft. 6. Die Verbesserung der Tätigkeit der Sowjetorgane im Zentrum und in der Provinz und der Kampf gegen den Bürokratismus. 7. Neuwahlen des Zentralerekutivkomitees der Sowjets. Die Tagesordnung wird durch einen zu stehenden Bericht der besonderen Kommission zur Elektrifizierung Sowjetrußlands ergänzt.

Im Auftrag des Präsidiums des Zentralerekutivkomitees eröffnete dessen Vorsitzender J. Kalkin den Kongress. Er gedachte der gefallenen Genossen, besonders der Verluste der Roten Armee, und feierte die Siege der Sowjettruppen. Die Siege haben Sowjetrußland in seiner internationalen und inneren Lage auf eine im Leben unserer Republik noch nie dagewesene Höhe gebracht. Heute nehmen die westeuropäischen Mächte die Wege eines näheren Kontaktes mit Sowjetrußland. Unsere innere Lage hat sich so beseitigt, daß die Frage von der Festigkeit der Sowjetmacht in keinem Weger Sowjetrußlands Zweifel erweckt. Wenn im März 1920 uns die Bauernschaft noch wenig Vertrauen entgegenbrachte, so ist sie bereits im August einmütig unserem Rufe zur Getreideableitung gefolgt. Vor uns stehen ungeheure Aufgaben. Wir müssen die Wirtschaft des Landes aufbauen. Wir sind die ersten Schöpfer einer großen sozialistischen Volkswirtschaft, welche die Weltgeschichte neu gestaltet. Wie schwer diese Aufgaben auch sein mögen, unsere Vergangenheit und unsere Siege verleihen uns die Ueberzeugung, daß wir siegen werden.“

Nach Begrüßungsreden von Vertretern auswärtiger kommunistischer Parteien hielt Lenin eine lange Rede über die politische Situation. Er besprach zunächst den russisch-polnischen Krieg und sagte:

„Alle wissen, wie uns die polnischen Kapitalisten und Gutbesitzer unter dem Druck der kapitalistischen Westeuropas einen Krieg aufgezwungen haben. Nun stehen wir vor einem Frieden, der für uns vorteilhafter ist als jener, den wir Polen vor dem Kriege angeboten haben. Der Präliminarfrieden mit Polen ist unterzeichnet. Die Politik der Entente, welche auf militärische Einmischung zwecks Stärkung der Sowjetmacht eingestrichelt war, nähert sich ihrem vollständigen Zusammenbruch. Die Zahl der Staaten, welche mit uns Friedensverträge geschlossen haben, wächst ununterbrochen. Man kann mit Gewißheit behaupten, daß der endgültige Friedensvertrag zwischen Sowjetrußland und Polen in der aller nächsten Zeit unterzeichnet wird. Unsere zeitweiligen Mißerfolge in dem Krieg mit Polen entstanden dadurch, daß wir gleichzeitig gegen Wrangel kämpften, der durch Frankreich anerkannt wurde und eine unerhörte Unterstützung seitens der Westmächte erhielt.“

„Sie wissen, was für einen ungewöhnlichen Heroismus unsere Rote Armee zeigte, indem sie der schürffischen Konturrevolution den entscheidenden Stoß versetzt hat. Der Krieg, der uns durch die Weltkriege und durch die Imperialisten aller Länder aufgezwungen wurde, ist dadurch liquidiert worden. Wir können nun mit größerer Sicherheit an den wirtschaftlichen Aufbau herantreten, aber wir müssen auf der Hut sein. Die Kampfbereitschaft müssen wir im jeden Preis behalten, um uns vor eventuellen Überfällen zu sichern. Wir müssen die Kampfbereitschaft der Roten Armee steigern. (Beifall.) Unsere Nachbarländer haben früher unsere Friedenspolitik als ein Zeichen unserer Schwäche interpretiert. Nun müssen die Randstaaten einsehen, daß in einem Moment, wo wir die nachgiebige Friedensstimmung äußern, wir gleichzeitig in militärischer Hinsicht bereit sind. Mit einer Reihe von unseren westlichen Nachbarstaaten haben wir endgültige Friedensverträge gemäß den Prinzipien unserer Politik abgeschlossen. Eine Zeitlang haben sich unsere Beziehungen zu Lettland verschlechtert, aber gegenwärtig haben förmliche Mißerstände aus dem Wege gebracht zu sein und wir können für die nächste Zeit mit der Ausnahme der Wirtschaftsbeziehungen zu Lettland rechnen.“

Das Bündnis und die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Sowjetrußland und den Orientländern werden dadurch gesichert, daß die Westpolitik der imperialistischen Mächte unwiderstehlich eine Annäherung, Bündnis und Freundschaft zwischen uns und förmlichen ausgebeuteten Völkern hervorruft. Die Grundzüge unserer Politik im Orient sind zweifellos richtig. Was unsere Beziehungen zu England betrifft, so sehen wir die Verhandlungen fort und Abschluß eines Handelsvertrages steht bevor. Die Verhandlungen werden durch Verschulden jener englischen Regierungskreise verzögert, welche trotz der nicht nur in Arbeitermassen, sondern auch in der englischen Bourgeoisie herrschenden Tendenz zur Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zu Sowjetrußland, jedes Abkommen mit einer sozialistischen Republik verhindern wollen. Je länger England den Abschluß eines Vorabkommens mit uns verzögert, desto schneller nähert es sich dem Moment, wo es mit uns ein endgültiges Festabkommen schließen wird.“

Ueber die Konzeptionen erklärt Lenin u. a. folgendes: „Das Gesetz über die Konzeptionen, welches durch die Sowjetregierung im Ausland allgemein bekanntgegeben wurde, gehört zu den wichtigsten von uns angenommenen Gesetzen. Jeder Konzeptionsvertrag wird durch eine festgesetzte Frist bedingt und sorgfältig durchdachten Garantien versehen werden, welche noch an dem gegenwärtigen Kongress zu überprüfen sind. Die Konzeptionen sind eine gewisse Vorstufe für Kapitalisten. Auf dem Wege der Konzeptionen werden wir die Kapitalisten für die Teilnahme an dem Aufbau einer sozialistischen Wirtschaft gewinnen. Ohne die Versorgung unserer Industrie mit besten technischen Mitteln kapitalistischer Staaten ist an einen solchen Wirtschaftsaufbau nicht zu denken. Der gegenwärtige Moment ist ein Wendepunkt. Wir gehen vom Krieg zum Aufbau über. Die Diktatur des Proletariats war erfolgreich, weil sie Zwang mit Ueberzeugung koordinieren mußte. Die Diktatur des Proletariats scheut sich nicht vor einem entschlossenen unbarmherzigen Ausbruch des staatlichen Zwanges, denn die fortschrittliche Klasse vertritt diesen Zwang im Namen der Interessen der Arbeitenden und Ausgebeuteten. Die Erfahrungen, welche die Bauernschaft bei Denikin, Koltschak, Wrangel usw. gemacht haben, haben sie darin überzeugt, daß die Führung des Proletariats die einzige ist, welche den Bauern retten kann.“



An der Arbeitsfront müssen wir den neuen Verhältnissen in einem freieren Maßstabe Rechnung tragen. Je tiefer die von uns vorgenommene Umgestaltung ist, um so intensiver muß das Interesse immer neuer Millionen von Arbeitenden zu dieser Umgestaltung sein. Gegenwärtig tauchen neue Aufgaben der Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsplanes, des Aufbaues aller Grundzüge der Wirtschaft Rußlands auf. Das ist eine Aufgabe, zu deren Erfüllung man hauptsächlich alle Mitglieder der Gewerkschaften heranziehen muß. Es ist eine neue Sache, die ihnen unter kapitalistischer Ordnung fremd geblieben ist. Man muß es erreichen, daß die Bauernmassen und die Mitglieder der Gewerkschaften es erfassen, daß Rußland den Arbeitern und den Bauern gehört. Eine strenge Selbstziplin und die Selbsttätigkeit der Arbeiter und Bauern sind die Voraussetzungen der Durchführung eines einheitlichen Wirtschaftsplanes. Außerhalb dieser Voraussetzungen gibt es keine Rettung! (Weiß.)

### Zum Kessel-Skandal.

Der Rechtsanwalt des Hauptmann von Kessel erklärt in den Zeitungen eine Erklärung, wonach die Amnestierung seines Klienten einen, wie er meint, wohlverordneten Rechtsanspruch auf Grund des Amnestiegesetzes darstellt. Dabei stützt er sich besonders auf den Schwindel, den das Kriegsgericht seinerzeit akzeptiert hat, daß Kessel seinen Weindieb geleistet hat aus angeblich politischen Motiven, aus reiner Vaterlandsliebe, um „die Position der Regierung gegen von radikaler Seite drohende Umsturzpläne zu schützen, die befruchtet wurden, wenn in der damaligen Zeit durch ein gerichtliches Verfahren gegen Marlow die ohnehin stark erregte öffentliche Meinung zur Sledchike getrieben würde“. In Wahrheit hat der Hauptmann sich und seine Spießgesellen vor Strafe zu schützen gesucht — das war das ganze Motiv. Bemerkenswert ist an der Erklärung des Rechtsanwalts nur noch, daß der Oberstaatsanwalt ursprünglich keine Berufung eingelegt hat, sondern erst durch eine Sitzung des Staatsministeriums dazu veranlaßt wurde, die nach der Aufdeckung der Sache durch die Freiheit stattgefunden hat. Die preußische Regierung scheint also das Unbewußte dieser Amnestierung erfährt zu haben. Herr Kessel steht durch ihr Verfahren den Rechtsstaat in Frage gestellt. Frecher ist wohl niemals die Schändung des Rechtes als das Recht selbst ausgegeben worden.

Im Schlußsatz macht übrigens der Verteidiger eine Andeutung, die dem Kessel den Schutz „höherer Kreise“ verschaffen soll. Er erklärt, er werde, wenn noch eine Verhandlung notwendig würde, den Beweis führen, daß Kessel „sich durch sein Bemühen, dem Willen der ihm vorgelegten Stelle zu willfahren, nicht in Konflikt seiner Eidespflicht gebracht habe“.

Die „vorgelegte Stelle“ weiß also Befehl.

### Die deutschnationalen Reuther.

Bei der Beratung der Beamtenbesoldungsreform haben die Deutschnationalen aus Wahlagitationsrückichten ein wüßtes Klemmen um die Gunst der Beamten begonnen. Zwar als es ernst wurde und sie Gelegenheit hatten, durch Zustimmung zu den sozialdemokratischen und unabhängigen Anträgen die Erfüllung der Beamtenforderungen eventuell durch eine Regierungskrise zu erzwingen, bekamen sie plötzlich Angst vor ihrer eigenen Agitationscourage und ließen die Beamten im Stich. Schon damals war ihre Heuchelei offenbar. Heute aber, da nun die Beamten gezwungen sind, mit eigenen Nachmitteln den Kampf gegen die Regierung weiterzuführen, heute haben die Deutschnationalen plötzlich all ihre Beamtenfreundlichkeit vergessen. Zu dem Aufzug, in dem die Eisenbahngewerkschaften mit der Beamtenvereinigungen ihre Solidarität erklärten und sich verpflichteten, den ihnen aufgewungenen Kampf gemeinsam durchzuführen, schmeißt die gesamte deutschnationale Presse verlegen. Nur die Deutsche Tageszeitung konnte nicht umhin, „das Vorgehen der Verbände als rücksichtslose Verbrechertat zu bezeichnen, die geeignet ist, unsere Finanzwirtschaft vor ein Problem zu stellen, das leicht den Anfang einer Katastrophe bilden kann“.

Die Beamten werden gut tun, sich diese deutliche Verurteilung deutschnationaler Beamtenfreundlichkeit recht genau zu merken.

### Unter Fachministern.

Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Gräfe hat neuerlich durch einen Zwischenruf dem Reichstag zu verstehen gegeben, daß er die von seiner Partei sowie gerühmte Sachkenntnis der alten Beamten der Reichsministerien, vor allem des Reichsfinanzministeriums, nicht sehr hoch bewerte. Herr Gräfe hat damit in einem unbewachten Augenblick die Phrasen seiner Partei von den Fachministern vor aller Welt aufgedeckt. Und dabei hat Herr Gräfe sehr recht. Abgesehen von der höchst handhaften reaktionären Gesinnung der ehemals Königlich preussischen und kaiserlich deutschen Beamten haben wir sehr geringe Ursache zur Hochachtung etwa vor ihren Fachkenntnissen. Ein kurzes Beispiel mag die Eignung dieser heute unter Leitung von Fachministern stehenden Beamten für ihre Aemter illustrieren. Die Außenhandelsstelle für Feinmechanik und Optik, der die Kontrolle für diese Artikel obliegt, hat kürzlich an die Firma Juggershof, Leipzig, die größte deutsche Firma für Krankenhäuser- und Laboratoriumseinrichtungen, in einem Schreiben die Ausfuhr von Laboratoriumsartikeln nach Litauen mit der Begründung abgelehnt, daß Rowno als zu Polen gehörig betrachtet wird und zur Zeit Ausfuhrbewilligungen nach Polen nicht erteilt werden.

Rowno ist seit mehr als zwei Jahren die Hauptstadt Litauens. Die Sachkenntnis der Beamten der Außenhandelsstelle bewahrt sie davor, sich diese neue Erkenntnis anzueignen und sie stören deshalb lieber die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und den Randstaaten.

### Der optimistische Reichspräsident.

Ueber die Lage in Deutschland äußerte sich der Reichspräsident Ebert zu dem Vertreter der Internationalen Weltausstellung in Frankfurt a. M., der Berliner Morgenpost zufolge: „Nicht tue vor allem Optimismus der Tat und des Willens. Es wäre falsch, die Fortschritte des vergangenen Jahres (?) zu verkennen und zu leugnen, daß mit der Wiedertehr der Ruhe sich auch die Aussichten für Handel und Gewerbe gehesert hätten. Komme Deutschland über den Winter, den trübsamsten seit Menschengedenken hinweg, so könne es an seine große friedliche Aufgabe herangehen, ein Vorbildungsland zu sein, dessen geistigen und wirtschaftlichen Erzeugnisse in der ganzen Welt ihre alte Geltung wiedergewinnen würden.“

In ähnlicher Weise haben auch die Regierungsmänner des alten Deutschlands während des Kriegs das deutsche Volk länger als vier Jahre über die wirklichen Verhältnisse getäuscht, um es zum Durchhalten zu stärken. Heute freilich wird Ebert mit seinen Bemühungen, die nächste Zukunft Deutschlands in einem rosigen Licht erscheinen zu lassen, wenige Gläubige finden. Die elenden Verhältnisse, unter denen die Masse des Volkes lebt, reden doch

eine zu deutliche Sprache. Im übrigen muß Ebert als Sozialist der er doch immer noch sein will, wissen, daß eine wirkliche Vorwärts- und Aufwärtsbewegung des deutschen Volkes unmöglich ist, solange Deutschland der Ausbeutung durch den Kapitalismus ausgeliefert ist.

### Stoßung der Kohlenabfuhr nach Frankreich.

Nach einer Meldung der U. aus Berlin hat die belgische Regierung erklärt, weitere aus Deutschland in Erfüllung des Kohlenabkommens von Spa kommende Kohlenlieferungen nicht mehr annehmen zu können, da die französischen Bahnhöfe bereits jetzt mit Kohlenzügen derart verstopft seien, daß eine Weiterleitung neuer Sendungen unmöglich ist.

### Amerikas Einspruch

#### gegen die Regelung der Mandatsfrage.

Paris, 27. Dezember. Vertinax teilt im Echo de Paris mit, die Vereinigten Staaten hätten vor zehn Tagen der englischen Regierung eine Note zugehen lassen, in der verlangt wird, man möge der Regierung in Washington mitteilen, wie England das ihm anvertraute Mandat über einige ehemalige deutsche Kolonien, sowie über einige der Türkei abgenommene Gebiete regeln wolle. In dieser Note wird gesagt, daß nicht der Völkerverbund, sondern die alliierten und assoziierten Mächte, zu deren Gunsten Deutschland und die Türkei alle ihre Rechte abgetreten hätten, diese Fragen zu regeln hätten.

### Parteitag der französischen Sozialisten.

Paris, 26. Dezember. Der sozialistische Parteitag in Tours setzte heute seine Beratungen fort. Die Delegierten der verschiedenen Bezirke berichteten über die Stimmung in den Kreisen. Für den Oberrhein sprach Grumbach, der erklärte, es sei in Frankreich unmöglich, das durchzuführen, was in Rußland durchgeführt worden sei. Man dürfe die Frage der russischen Revolution nicht mit der Zustimmung zu den Grundrissen Lenins verwechseln. Für den Niederrhein berichtete der ehemalige Reichstagsabgeordnete Weill. In seinem Bezirke seien 102 Stimmen für die Dritte Internationale abgegeben worden. Das sei eine Folge der verhängnisvollen Innen- und Außenpolitik der französischen Regierung.

Paris, 27. Dezember. Der Sozialistenkongress in Tours lehnte den Antrag, die Entscheidung über den Anschluß an die Dritte Internationale einzustellen aufzuschieben, ab. Als erster Redner sprach Sembat, der sich gegen den Anschluß aussprach.

### Keine Volksabstimmung im Wilnaer Gebiet?

Rowno, 27. Dezember. Zuverlässigen Meldungen zufolge hat der Völkerverbund auf die Entsendung interallierter und neutraler Truppen in das Wilnaer Abstimmungsgebiet verzichtet, um Verbindungen mit der Sowjetregierung zu vermeiden, die bekanntlich darin eine Unterstützung der polnischen Gegenrevolution erblickt, gegen die sie bereits erfolgreich vorgehe.

Der Vorsitzende der Kontrollkommission des Völkerverbundes, Oberst Charbigny, hat in einem Schreiben an die litauische Regierung die Eisenbahnlinie Wilna—Dünaburg den Polen zugesprochen und bestimmt, daß eine Volksabstimmung demgemäß nur weithin dieser Linie stattfinden soll. Die litauische Regierung hat auf eine Volksabstimmung im Wilnaer Gebiet gänzlich verzichtet, da sie sich davon keine gerechte Lösung der Wilnaer Frage verspricht, weil die von Litauen geforderten Bedingungen nicht erfüllt worden seien. Inzwischen schweben in Warschau Verhandlungen zwischen Litauen und Polen, deren Ergebnis noch nicht endgültig bekanntgegeben ist.

### Hochverratsprozeß gegen Polen in Vilna.

Rowno, 27. Dezember. Die litauische Telegraphen-Agentur meldet: Das litauische Kriegsgericht verhandelte in der Zeit vom 14. bis 24. Dezember einen Prozeß der geheimen polnischen politisch-literarischen Organisation in Vilna, der sogenannten Polska Organizacja Wojskowa, die am 28. August v. J. einen Sturz der litauischen Regierung zugunsten Polens vorbereitet hatte. Das Gericht hat fünf Angeklagte zu lebenslänglicher Zwangsarbeit, einen zu 15 Jahren, einen zu 10, zehn zu 6, zwanzig zu je 4 und zehn zu je 2 1/2 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Drei Angeklagte wurden freigesprochen.

### Die Wrangel-Flotte

#### unter dem Schutze Frankreichs.

DA, Paris, 27. Dezember. Die Flotte des Generals Wrangel, bestehend aus zwei Kreuzern und über 20 Torpedobootszerstörern und Unterseebooten, ist mit 6000 Militär- und Zivilpersonen an Bord im Hafen von Bizerta (Tunis) eingelaufen, wo sie vorläufig bleiben und die weiteren Ereignisse abwarten wird. Wrangel selbst bleibt mit dem Kern seiner Truppen in den Dardanellen. Jedoch wird sich seine Familie dieser Tage nach Toulon einschiffen, um sich in Frankreich niederzulassen.

### Rußlands Protest gegen Wrangels Verschleuderung der Handelschiffe.

Moskau, 26. Dezember. Der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten wandte sich mit einer Note an das französische Ministerium für auswärtige Angelegenheiten, an den englischen Minister des Meeres und an den italienischen Minister für auswärtige Angelegenheiten mit einem Einspruch über Rußlands dagegen, daß die Regierungen der Entente den Verkauf der russischen Handelschiffe durch die Anhänger Wrangels zulassen. Die russische Regierung verlangt, daß sofort Maßnahmen ergriffen würden, um die Entführung russischen Volkseigentums zu verhindern und Rußland die Schiffe wieder zuzustellen.

### Von der polnischen Wirtschaft.

Berlin, 28. Dezember. Auf das Schreiben eines englischen Komitees an die polnischen Delegierten auf der Völkerverbundversammlung in Genf, in dem auf die Beschlüsse und Bedingungen der Juden hingewiesen wurde, antworteten die beiden polnischen Delegierten mit einem Schreiben, das folgende Stellen enthält: „Die Unsicherheit wird nicht nur von der jüdischen Bevölkerung empfunden.“ — „Die wirtschaftlichen Bedingungen in Polen sind höchst beunruhigend.“ 40 Prozent der diesjährigen Ernte sind von den eingebrungenen Feinden zerstört oder weggenommen worden. Die Nahrungsmittel sind knapp; die Hungersnot bedroht unsere Städte.“

Breslau, 28. Dezember. Bei der Hauptdirektion der polnischen Bergämter ist man riesenhafte Schiebungen auf die Spur gekommen. So sollen nicht nur die Maschinen der Salinen von Bohemia vertrieben, sondern auch die Kohlenruben von Kalusz und Delatyn, ja sogar die noch unangebaute Krakauer Kohlenruben, die der galizische Landesauschuss vor dem Kriege für 25 Millionen gekauft hatte, verschwandert worden sein. Es steht eine parlamentarische Untersuchung bevor.

### Auslieferung der Semenow-Truppen an Rußland.

Moskau, 27. Dezember. (D. E.) Aus Moskau wird gemeldet, daß die chinesische Regierung beschlossen hat, alle in der Mongolei entworfenen Truppen der Semenow-Armee als Kriegsgefangene an die Rote Armee auszuliefern.

### Ein Gedenktag für Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg.

Moskau, 18. Dezember. (D. E.) Als neuer Feiertag für Sowjetrußland ist der 18. Januar 1921 zum Gedächtnis Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs bestimmt worden.

### Die Kommunistenverfolgungen in der Tschecho-Slowakei.

Prag, 27. Dezember. Dem Cesko Slovo zufolge sind bei den Gerichten bisher ungefähr 1000 Kommunisten eingeliefert worden. Wie das Blatt gleichfalls erzählt, dürften die Gerichte auch die Auslieferung einiger kommunistischer Parlamentarier verlangen.

### Das irische Bomerule-Gesetz in Kraft.

London, 26. Dezember. Das irische Bomerule-Gesetz, das von beiden Häusern des Parlaments mit geringfügigen Änderungen angenommen war, hat nunmehr die Sanction des Königs erhalten.

### Bombenattentat auf den portugiesischen Ministerpräsidenten.

Madrid, 24. Dezember. Wie aus Lissabon gemeldet wird, wurde ein Bombenattentat auf den Ministerpräsidenten und eine Anzahl politischer Persönlichkeiten verübt. Es wurde niemand verletzt.

### Ein Idyll vom Genfer Versöhnungskongress

Genf, 27. Dezember. (D. E.) Nachträglich wird bekannt, daß es in einer der letzten Sitzungen des Völkerverbundes zu einem Zusammenstoß zwischen dem Delegierten der Republik Columbia und Lord Robert Cecil kam, wobei der letztere dem Lord einen Faustschlag ins Gesicht gab. Durch das Dazwischenreten anderer Delegierter wurde ein regelrechter Boxkampf verhütet.

### Deutschland.

#### Politische Ausfuhrzensur?

Die offiziöse Deutsche Allgemeine Zeitung veröffentlicht in einer amtlichen Rundgebung eine Bestimmung für Ausfuhrkontrollen für Bücher. Darin heißt es: „Nach den Bestimmungen über die Ausfuhrkontrollen sind, wie dem Publikum noch immer nicht hinreichend bekannt ist, auch für Bücher im Einzelverkauf nach dem Ausland Ausfuhrbewilligungen nötig.“ Weiter wird darauf hingewiesen, daß die Außenhandelsstellen für das Buchgewerbe „auch die Bewilligung für die im Privatverhand (?) meistens in Frage kommenden Kreuzhandlungen erteilt“. Es ist leider in der Öffentlichkeit noch nicht genügend bekannt, daß die gesamte Bücherausfuhr im Buchhändlerbörsenverein schon von völlig reaktionären und scharfmacherisch nationalistischen Elementen geleitet wird. Was soll nun diese neue Bekanntmachung heißen? Will die Reaktion auf diese Weise verhindern, daß auch auf dem letzten Wege des Privatverhand ihre unangenehme Bücher ins Ausland gelangen. Es ist die allerhöchste Zeit, daß die Regierung eine genaue Auskunft darüber erteilt, wie diese Verordnung gemeint ist. Es scheint fast, als ob man uns durch eine politische Zensur völlig vom Ausland abschneiden will.

#### Änderung der Gehaltszahlung für Beamte?

Berliner Blätter berichten: Da auf Beschluß der Reichsregierung den Beamten das Januargehalt schon am 15. Dezember ausbezahlt worden ist, besteht die Absicht, die frühere Auszahlung der Gehälter auch für die folgenden Monate anzuordnen. Dies würde im Uebigen darauf hinauslaufen, daß im Jahre 1921 die Gehälter für 13 Monate gezahlt werden. Die Ermägungen hierüber sind jedoch noch nicht abgeschlossen.

#### Der Papsi und die Abstimmung in Oberschlesien.

Der apostolische Kommissar für Oberschlesien hat im Namen des Papstes folgendes bestimmt: Allen Priestern jeder der Nation wird unterlagt, im Abstimmungsgebiet Propaganda zu treiben, ihre Privatmeinung zu äußern und bei den Wahlen ihre Stimme abzugeben. Allen Pfarrern wird verboten, Kirchen und Schulen zur Erörterung der Abstimmungsfragen zu benutzen, da diese Orte allein zur Pflege des religiösen Lebens ausersehen sind.

Ablieferung eines zweiten deutschen Luftschiffs an Italien. Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, ist das zweite für Italien bestimmte deutsche Luftschiff Z 120, das am 24. Dezember mittags von Staaken abgefahren war, am 1. Weihnachtstage mittags wohlbehalten in Rom angekommen.

Meuterei im Untersuchungsgefängnis. Im Untersuchungsgefängnis in Kaiserslautern überfielen mehrere Gefangene während des Spazierganges im Hofe den diensttuenden Aufseher. Sie entriß ihm die Schlüssel, schnitten das Haupt und flohen. Vier von den Entflohenen sind noch nicht wieder ergriffen worden, darunter ein gefährlicher Einbrecher.

Reichsminister haben kein Gold erhalten. Wegen der in einer öffentlichen Versammlung im Februar dieses Jahres aufgestellten verurteilenden Behauptung, die Minister des damaligen Reichskabinetts hätten sich ihr Gehalt in Gold auszahlen lassen, wurde der Rittergutsbesitzer Karl von Stinnes-Corbe von dem Landgericht Frankfurt a. d. Oder zu 1500 Mark Geldstrafe verurteilt.

Flugpostverbindung Berlin—Königsberg. Durch den Moob-Dienst ist eine tägliche Flugpostverbindung zwischen Berlin und Königsberg eingerichtet worden.

Erhöhung der Preise für ober-schlesische Kohle. Die ober-schlesischen Bergwerke erhöhen mit Zustimmung der interalliierten Kommission vom 1. Januar ab die Kohlenpreise um 20 Mark für die Tonne.

Wilson gegen eine Anleihe für Deutschland. Die Chicago Tribune meldet aus Washington: Falls der Kongress den Antrag auf Gewährung einer amerikanischen Anleihe an Deutschland in Höhe von einer Milliarde Dollars annehmen sollte, will Wilson sein Veto einlegen.

### Von Nah und Fern.

Insmord an einem fünfjährigen Kind. Berlin, 28. Dezember. Am heiligen Abend wurde die fünfjährige Tochter eines Tapeziers in einem Obsterbe verschüttet ertränkt aufgefunden. Der Täter, ein 25jähriger Dreher, ist bereits festgenommen. Er räumt ein, den Lustmord möglicherweise in der Trunkenheit begangen zu haben.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Heinrich Fleißner in Leipzig. Verantwortlich für den Inseratenteil: Friedrich Wille, Borsdorf-Leipzig. Druck u. Verlags Leipzig Buchdruckerei Aktien-Gesellschaft, Leipzig







Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 28. Dezember.

Parteiangelegenheiten.

Stadtverordneten-Fraktion.

Die Sitzung am Donnerstag, dem 30. Dezember, abends 6 1/2 Uhr, findet im Volkshaus, Zimmer 9, statt.

Südbezirk. Gemeindevertreterkonferenz. Sonntag, den 2. Januar, nachmittags 3 Uhr, im Feldschlößchen Großstädteln wichtige Besprechung.

USPD-Mitglieder der Bezirksversammlung. Fraktions-sitzung Donnerstag, den 30. Dezember, abends 6 1/2 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 9.

Unterbezirk Osten, die Ortsvereine Taucha, Dewitz-Döblich, Porthlitz und Panitzsch. Mittwoch, den 29. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, Funktionär-Sitzung im Goldenen Löwen in Taucha. Erscheinen unbedingt notwendig. Der Bezirksvertrauensmann.

Milchwirtschaft.

In Leipzig lagert verdorbene Butter.

Während des Krieges und auch nach seiner Beendigung sind bekanntlich zahlreiche Nahrungsmittel verdorben, die der öffentlichen Bewirtschaftung unterstanden. Das lag daran, daß geprüfte Produzenten und Händler der Bureautraite, die ja die Zwangswirtschaft beherrschte, mitunter schon halbverdorbene Nahrungsmittel zu hohen Preisen anführten, daß gewöhnlich mit Rücksicht auf die Profitinteressen der Produzenten und der Händler die Lebensmittel recht lange und oft zu lange liegen gelassen wurden und daß Lagerung und Ueberwachung häufig nicht sachverständigen Händen anvertraut waren. Die „Zwangswirtschaft“ war dem Kapitalismus unangenehm, und er hat sie auf alle mögliche Weise übers Ohr zu gehauen gesucht, was bei der bekannten „Intelligenz“ und Denkart hoher staatlicher und städtischer Bureautraiten nicht schwer war.

Jetzt kommt die Meldung, daß in Leipzig eine Menge Auslandsbutter verdorben sein soll. Ein Berliner Korrespondenzbureau weiß darüber zu berichten:

„Vor einigen Monaten kaufte die Reichsfettstelle im Auslande — in Dänemark und Holland — große Mengen Butter zum Preise von 32 bis 34 Mk. für das Pfund; etwa 100 000 Zentner wurden in Leipzig in den dortigen Molkereien eingelagert. Bei diesem Einkauf bediente sich die Reichsfettstelle nicht der Mitwirkung der Fachleute, welche damals vor der angebotenen Ware warnten, sondern ließ die Einkäufe zum Teil durch ausländische Mittelspersonen vornehmen. Inzwischen hat sich die Zwangswirtschaft der Butter in Deutschland so gelockert, daß kaum noch 15 Prozent der abzuliefernden Mengen von den Fettstellen erfasst werden kann. Berlin hat beispielsweise seit Monaten überhaupt keine frische Butter aus dem Inlande mehr erhalten. Die Reichsfettstelle wollte nun von ihren Vorräten in Leipzig Ware nach Berlin bringen, um sie hier auf Karten zu verteilen. Beim Öffnen der Fässer entdeckte man jedoch, daß die Butter handhoch mit Schimmel bedeckt und verdorben war. Die Buttergroßhändler, welche die Verteilung an den Kleinhandel leiten, weigerten sich natürlich, derartig verdorbene Ware abzunehmen, und die Reichsfettstelle entschloß sich deshalb, die Butter mit Verlust abzugeben. Sie bot sie den Großhändlern zum Preise von 32 Mk. an, verlor also an der einen Sendung zunächst einmal 10 Millionen Mark. Die Fachleute erklärten, nachdem Proben chemisch untersucht worden waren, daß der Verlust der Reichsfettstelle noch erheblich größer werden wird, da die obere Lage der Butter, die mit Schimmel durchsetzt ist, überhaupt nicht zu verwenden sei, und erst ausgewaschen und mit Maschinen bearbeitet werden müsse, wobei natürlich weitere Verluste entstehen. Die Kosten für die Bearbeitung der Butter würden etwa 4 Mk. pro Pfund, betner Gesamtmenge von 100 000 Zentner 30 bis 40 Millionen Mark betragen.“

Die Molkereigenossenschaft führt hierzu folgendes aus: „In unseren Molkereien lagern zur Zeit insgesamt zirka 100 000 Zentner Butter für die Reichsfettstelle. Diese Butter wird von der bekannten Leipziger Buttergroßhandlung August Braun bei Eingang auf Qualität untersucht und während der Lagerdauer überwacht. Jene, welche von der Ware während der Lagerung ist ausgeschlossen. Wie uns die Firma August Braun mitteilt, kann es sich in vorliegendem Falle nur um folgendes handeln:

Im Sommer dieses Jahres hat die Reichsfettstelle große Mengen Butter in Holland gekauft und mußte bei dieser Gelegenheit, um die frische Butter zu bekommen, von den Holländern etwa 2 000 Fäß etwas minderwertige Lagerware mit abnehmen, die sie jedoch erheblich billiger bezahlte. Diese etwas minderwertige Butter weist teilweise Stockflecke auf, die nicht handhoch, sondern im höchsten Falle einige Zentimeter tief sind. Diese Fässer müssen dergehalbst behandelt werden, daß die oberste Schicht abgenommen und besonders verwertet wird. Die Kosten dieses Umarbeitens betragen nicht 4 Mk. für das Pfund,

sondern 20—25 Pfg. pro Pfund. Diese Kosten werden reichlich dadurch abgewogen, daß die Reichsfettstelle diese minderwertige Butter erheblich billiger eingekauft hat. Die Abnahme der Butter in Holland ist durch Berliner Butter-Fachleute erfolgt, die die Butter nur deshalb kauften, um die frische mit zu erhalten, und deshalb, weil der Preis verhältnismäßig günstig erschien.“

Die Molkereigenossenschaft muß also bestätigen, daß in Leipzig verdorbene Butter lagert. Selbst wenn die Nachrichten aus Berlin übertrieben und die Angaben der Gesellschaft richtig sind, so stellt sich wieder einmal die Gemeingefährlichkeit der kapitalistischen Wirtschaft, sowie die Unfähigkeit unserer Ernährungsbureaus heraus. Die holländischen Händler geben gute Butter nur ab, wenn gleichzeitig die „minderwertige Lagerware“, das heißt die halbverdorbene Butter gekauft wird. Die Reichsfettstelle geht auf diesen Handel ein. Der Einkauf wird bereits im Sommer vorgenommen; man weiß in Deutschland an den maßgebenden Stellen, daß minderwertige Butter erworben worden ist. Trotzdem läßt man sie liegen. Darin liegt ein schweres Versehen der Bureautraite. Diese Butter hätte doch sofort bearbeitet werden müssen, um noch zu retten und abzugeben, was brauchbar war. Es ist überhaupt ein Unfug, Nahrungsmittel, die leicht verderben können, viele Monate lang lagern zu lassen.

Wie sehr manche Leiter der „Zwangswirtschaft“ auf die Profitinteressen inländischer Produzenten Rücksicht nehmen, geht auch daraus hervor, daß nach den Angaben von Fachleuten im Frühjahr dieses Jahres dänische Butter in großen Mengen zum Preise von 12 Mk. für das Pfund zu kaufen gewesen sei. Die Reichsfettstelle hätte aber auf Anraten ihrer wirtschaftlichen Berater nicht gekauft, wohl aber einige Monate später für den dreifachen Preis die gleiche Ware erworben.

Die „wirtschaftlichen Berater“ waren natürlich einheimische Produzenten und Großhändler, die vom Ankauf abrieten, um die deutschen Butterpreise nicht zu „verderben“. Für unsere hochbureautraite ist häufig das maßgebend, was solche Interessenten sagen. Es werden ja nur Geldinteressen vertreten, und daher die kolossale Milchwirtschaft. Es wird jetzt eine Untersuchung gefordert. Wir wissen, daß dabei nicht viel herauskommen wird. Und wenn auch die Schuld einzelner Personen festgestellt wird, an dem System wird doch nichts geändert. Erst die Befreiung der kapitalistischen Wirtschaft wird andre Zustände bringen.

Kindermord.

Was der Krieg uns an jungem Leben genommen hat und seine entsetzlichen Folgen weiterhin nehmen, ist leider vielen nicht gegenwärtig. Der Krieg tötete in erster Linie das Kind im Mutterleibe. Diese Verluste sind, wie der Zeitungsdiener des Deutschen Lehrervereins mitteilt, weitaus größer, als die unmittelbaren Verluste vor dem Feinde und im Heere überhaupt. Leider haben wir noch keine Ziffern für die beiden letzten Jahre 1919 und 1920. Das preussische Statistische Landesamt konnte, wie es bekannt gibt, die Arbeiten nicht pünktlich zum Druck befördern. Es liegen erst die Ergebnisse bis Ende 1918 vor. Aber welch entsetzliches Bild! Während im Jahre 1913 in Preußen trotz des Geburtenrückganges der vorausgegangenen Jahre (1906: 1 309 132, 1912: 1 222 301 lebend Geborene) noch 1 173 416 lebend Geborene 620 455 Gestorbenen gegenüberstanden, also ein Bevölkerungszuwachs von 552 961 eintrat, sank in den Kriegsjahren die Zahl der Geburten fortgesetzt, während die Zahl der Gestorbenen im Heere und in der Heimat ebenso stieg.

Table with 4 columns: Year, Lebendgeborenen, Gestorbenen, Zu bzw. Abnahme der Bevölkerung. Rows for 1913, 1914, 1915, 1916, 1917, 1918, and 1914-1918 total.

Hinter der Gesamtzahl der Gestorbenen ist die Zahl der durch den Krieg unmittelbar Dahingegangenen, also im Heere Gestorbenen eingeklammernt. Es sind von 1914 bis 1918: 911 940.

Welche fürchterlichen Verluste diese Zahlenreihen bedeuten, tritt erst hervor, wenn man berechnet, welcher Zuwachs an Bevölkerung nach Maßgabe der Ergebnisse von 1913 in den folgenden Jahren hätte eintreten können. Es würden von 1914 bis 1918 den 5 867 080 Geburten nur 3 002 275 Sterbefälle gegenüberstehen mit einer Bevölkerungszunahme von 2 864 805. Tatsächlich zählen diese fünf Jahre aber nur 3 947 628 Geburten und 4 295 168 Sterbefälle, also eine Bevölkerungsabnahme von 347 540, mithin ein Gesamtverlust von 3 212 345.

Die härtesten Wunden schlägt der Krieg nicht auf dem Schlachtfelde. Er mordet vor allem das Kind im Mutterleib und in den ersten Lebensjahren, aber auch den Greis und die Greisin. 1913 starben in Preußen 23 842 Kinder im Alter von 5 bis 15 Jahren; 1918 dagegen 50 391 dieses Alters, Personen im Alter von mehr

als 60 Jahren starben 1913: 198 083, im Jahre 1917 dagegen 275 155 und 1918: 264 844 Personen dieses Alters, also allein in diesen beiden Jahren etwa 140 000 Greise und Greisinnen mehr als nach der Vorkriegssterblichkeit zu erwarten war. Die Wunden des Krieges können nur geheilt werden durch Pflege und Erziehung alles jungen Lebens.

Die Landespolizei gegen die Unsicherheit in Stadt und Land.

Den Wünschen der Bevölkerung nach besserem Schutz für Person und Eigentum Rechnung tragend, sind, wie man uns schreibt, von der Landespolizei im Einvernehmen mit dem Polizeiamt folgende Wachen eingerichtet worden: 1. Wache in Connewitz, Wald-Café; 2. Wache in Leusch, Bahnhofstraße; 3. Wache in der inneren Stadt, Polizeiwache 1, Nikolaikirchhof. Die letzte Wache läßt Streifen im Innern der Stadt patrouillieren, um die örtliche Polizei in der Ausübung ihres Dienstes zu unterstützen. Die Streifen der Landespolizei sollen in erster Linie gegen Verbrechen und Vergehen, zum Schutze der Person und des Eigentums herangezogen werden. Die Landespolizei unterhält außerdem in der Kaserne 106 in Wölkern ständig eine größere Bereitschaft, um sofort bei Ausbreiten von Diebstahl- und Raubverbrechen, großen Unglücksfällen, wie Eisenbahnunfälle, große Brände usw., helfend einzugreifen. Diese Bereitschaft ist in erster Linie für die ländlichen Bezirke der Kreishauptmannschaft bestimmt, da in der Stadt selbst die örtliche Polizei Hilfe gewährt. Die Leitung der Landespolizei ist Tag und Nacht erreichbar durch Fernsprecher 961 und 1784, die Landespolizeiwachen Nikolaikirchhof Fernsprecher über Polizeiamt Connewitz, Fernsprecher 35 323, Polizeiamt Leusch, Fernsprecher 25300. Die Landespolizei, Abteilung Leipzig, versteht ihren Dienst lediglich in der Stadt und innerhalb der Amtshauptmannschaft Leipzig und ist gegebenenfalls über Fernsprecher 961 und 1784 erreichbar. Die Abteilung Wurz in den Amtshauptmannschaften Grimma, Döblich und Döbnitz, Fernsprecher Wurz Nr. 30. Die Abteilung Borna in den Amtshauptmannschaften Borna und Rochlitz, Fernsprecher Borna Nr. 88. Nach wie vor liegt der Schutz der Person und des Eigentums außerhalb des Stadtgebietes in den Händen der Genzarmerie. Ist sie aber nicht zu erreichen oder erscheint der von ihr zu gewährende Schutz von vornherein nicht genügend, so ist die dem Tatorte am nächsten gelegene Landespolizeiwache bezw. Abteilung anzurufen.

Erleichterte Einfuhr von Liebesgaben. Die Einfuhr von Liebesgaben ist erleichtert, bezweckt eine besondere Beförderung des Reichsministers der Finanzen. Wenn Reisende für Verwandte und Bekannte in Deutschland Liebesgaben mitbringen, so sollen sie, wenn es irgend möglich ist, sofort beim Grenzgangsammt abgefertigt werden. Soweit es die allgemeinen Verkehrsverhältnisse erfordern, kann die Schlußabfertigung auch bei einem anderen als dem örtlich zuständigen Zollamt erfolgen. Ergibt sich bei der Abfertigung eine hinreichende Sicherheit, so kann das Grenzgangsammt die Liebesgaben sofort abgeben lassen, wenn es im übrigen zuständig ist. Wenn die Zollbehörde zwar keine Zweifel an der Eigenschaft der Sendung als Liebesgabe hegt, aber eine Ergänzung der Besetze aus besonderen Gründen eine Nachprüfung für erforderlich hält, so hat das Abfertigungsammt entweder den Beauftragten des Empfängers oder Absenders zu veranlassen, für die Ergänzung der Besetze Sorge zu tragen. Gegebenenfalls kann dann eine Sicherstellung der Gesetze verlangt werden. Es kann auch die für den Empfänger zuständige Zollstelle von der bedingten Abfassung der Liebesgaben zum Zwecke der Nachprüfung benachrichtigt werden.

Warnung vor Rad-So. Das Gesundheitsamt schreibt uns: Die ungeheureste Reklame, die die Rad-So-Verbandsgesellschaft in Hamburg neuerdings wieder betreibt, hat die Direktoren sämtlicher deutscher Universitäts-Frauenkliniken veranlaßt, eine gemeinsame Erklärung über die Nutzlosigkeit dieses angeblichen Wundermittels zur Erzielung einer leichten Geburt und einer ausgeglichene Milchabsonderung zu erlassen, in der es zum Schluß heißt: „Die wissenschaftliche Nachprüfung des Mittels hat vielmehr ergeben, daß Rad-So die ihm von Wasmuth, dem Hauptbetriebligen des Rad-So und des Amol-Geschäfts, zugeschriebenen Eigenschaften nicht besitzt. Eine Beleidigungsklage, die Wasmuth gegen einen das Rad-So als „glatten Schwindel“ bezeichnenden Arzt angestrengt hatte, wurde auf Kosten Wasmuths rechtskräftig abgewiesen. Wegen der unwahren Behauptung, daß Professor Rowser Rad-So bei der Entbindung der Königin von Holland angewandt habe, wurde Wasmuth zu Geld- und Freiheitsstrafen verurteilt. Mit dem Namen von Ärzten hat die Rad-So-Gesellschaft großen Mißbrauch getrieben. Die Reklame für Rad-So ist gemeinshädlich. Da Rad-So zu einem sehr hohen Preise vertrieben wird, werden die Käufer zu einer wirtschaftlich unnützen Ausgabe verführt, die nur dazu dient, den Rad-So-Fabrikanten zu bereichern.“ Die Bevölkerung wird deshalb gewarnt, Geld für dieses Mittel auszugeben.

Die Feuerwehre in Tätigkeit. In den Abendstunden am 2. Feiertag entstand ein größerer Wasserrohrbruch eines 450-mm-Hauptrohres Ecke Windmühlenweg und Johannisallee. Durch Abstellen von Schiebern konnten weitere Gefährdung und größerer Schaden für die Straßenpflasterung nach Instandstellung der Tätigkeit beseitigt werden. Ferner wurde die Wache nach Nikolaistraße 31 gerufen, wo ein Fahrstuhl stecken geblieben war. Ein kleiner Brand fand noch in der Steinstraße 38 statt.

Jimmie Higgins

Von Upton Sinclair.

Als Jimmie noch das verborgene und verhältnismäßig friedliche Leben eines Propagandisten geführt hatte, war für ihn die Frage Sabotage, Gewalttätigkeit und Verbrechen eine völlig theoretische gewesen: eine Frage, über welche die Genossen heftig debattierten und die sie in der Mehrheit verworfen hatten. Jetzt aber befand er sich inmitten der „Automaten“, der ungelerten Arbeiter, die buchstäblich bloß ihre Muskelkraft zu verkaufen hatten: hier stand er in der Feuerlinie des Klassenkampfes. Viele Leute wanderten von Arbeitsstelle zu Arbeitsstelle, gingen völlig von den Tageszeiten, den Schwankungen in der Industrie ab. Sie besaßen kein Stimmrecht, wurden verhindert sich zu organisieren, und verloren dadurch alle Menschenrechte. Ihre Wohnungen waren verfallene, schmutzige Miethäuser, ihre Nahrung bestand aus verdorbenen, schlecht zubereiteten Speisen, beim ersten Wort der Auflehnung wurden sie verprügelt oder ins Gefängnis geworfen. Kein Wunder, daß sie ihre Unterdrücker mit jeder Waffe zu bekämpfen suchten.

Im Teppentierbereich kamen Jimmie und sein Freund in einen Dschungel, einen Ort, an dem sich ungelerte Arbeiter anammeln. In diesem Lagerfeuer lernte Jimmie die Freischützer des Klassenkampfes kennen, und hörte zum erstenmal ihre republikanischen Lieder, — etliche dieser Gesänge waren Parodien griechischer Chöre, die den Orthodoxen mit Empörung und Grauen erfüllt hätten. Jimmie und Bill verweilten eine Zeitlang im Dschungel: sie tauschten mit den Arbeitern Nachrichten über den Fortgang des Kampfes, disputierten über die Taktik, tauschten Schmähdungen gegen die Sozialisten, ihre „Politiker“ und „Proletarier-Führer“, der Berührungslinie der einen großen Gewerkschaft, des „Massenstreiks“, der direkten Aktion gegen die Industrieburgen. Die Arbeiter schilderten ihre Leiden und Taten, und Jimmie fügte Ohren und Gehör mit ihren Worten,

Bisweilen weilteten sich seine Augen vor Bestürzung: er hatte noch nie so verzweifelte, so allem bereite Menschen gesehen.

Da war zum Beispiel der „Erdbären-Carann“ — so genannt wegen seines roten Haars und seiner unzähligen Sommersprossen, ein junger Irländer mit dem Gesicht eines Chorknaben und Augen, in denen sich das Blau des Himmels spiegelte. Dieser Bursche berichtete von einem „Rebellenkampf“ in einer ferneren Stadt des Westens; erzählte, wie der Polizeichef die Knüppelschar der Polizisten angeführt hatte, und wie die Arbeiter sich siegreich zur Wehr setzten. „Wir sind ihm nichts schuldig geblieben!“ — sagte die Erdbäre. Dies war ein Lieblingssausbrud des Iränders; wenn ihm jemand im Weg stand, so „blies er ihm nichts schuldig“. Diese Schilderung machte den Ehrgeiz des „Nachstöpfers“ Iren auf und er erzählte, wie er unter die Tragebohlen eines Grubenbrechers Dynamit gelegt hatte, so daß das ganze Werk in den Cammion gestürzt war. Dann erzählte ein sahmer Bursche, Chud Petersen, das Wort. Er hatte in der kalifornischen Hopfengegend die Einkerkelung zweier Streikführer miterlebt, sowie die Epidemie von Brandstiftung und Zerstörung, die seit Jahren in dieser Region wütete.

Ueber derlei Dinge rebeten die Leute ganz gleichmütig, mit lässigen Worten, wie etwa Soldaten die Vorfälle des mitgemachten Feldzugs besprechen.

Dieser Klassenkampf währte nun bereits seit Jahrzehnten; er besaß eine eigene Moral und eigene Tradition; seinen Kriegern fehlte es nicht an Heroismus und Größe, — genau wie bei den andern Soldaten. Sie wären lieber aufs freie Feld herausgekommen, hätten den Kampf dort ausgefochten, doch verfügten die Feinde über alle Waffen. Jedesmal, wenn es gelungen war, die Arbeiter zu organisieren und einen großen Streik zu proklamieren, wurden alle Gewalten kapitalistischer Unterdrückung einberufen. Die Arbeiter fielen unter der Knüppelheiden der Polizei, den Augen der kapitalistischen Scheriffs, hungernden und froren in kapitalistischen Gefängnissen. Derart ward ihre Streik zernannt, wurden ihre Kräfte aufgerieben, nach solchen Erfahrungen war

es kein Wunder, daß sich die Hühler geheimer Rache zuwenden, zu Verschwörungen gegen die kapitalistische Gesellschaft wurden. Und die Gesellschaft vergaß, daß sie herausgefordert worden, nannte sie „Verbrecher“, und gab sich damit aufrieben. Doch waren diese „Verbrecher“ selbst am geartet, dienten einem fernem herrlichen Traum. Sie hatten einer eigenartigen Humor, besaßen ihre eigene Literatur, Musik und Kunst. Unter ihnen gab es gebildete Leute, Studenten von amerikanischen und ausländischen Universitäten. Bisweilen ließe man am Lagerfeuer Schilderungen der Sklavenrevolten in Ägypten und Griechenland, Strindberg und Stirner wurden zitiert, Szenen und Dramen wiedergegeben, oder es ward berichtet, wie der Erzähler in einem einsamen Farmhaus die Farmerfamilie in Erlaunen verlegt habe, indem er auf einem verstimmtten Klavier Rachmaninoffs „Prélude“ spielte. (Fortsetzung folgt.)

Kleine Chronik.

Alles Theater (M e n a g e r i e). Die Sache beginnt mit einer hübsch pointierten Spöttere über ein ernstes Problem — von vorgeföhrt, über die sogenannte Vorführung (Der Spah vom Dache) und endet mit einem handfesten Akt, der lustigen Darstellung einer Hamlet-Verfilmung (Der Hahn im Korbe). Dazwischen wird die Entwicklung einer Doppel-Eheirung übers Kreuz gewandt geschildert (Die Taube in der Hand) und ein Professor modernen Fußmittels gezeigt, der den Liebhaber seiner Frau vor ihr mit überlegenem Grifflöckel (Der Hund im Str). Kurz Goeth ist der Vorföhrt dieser bunten Sammlung aus des Herrgotts großem Tiergarten. Vor Jahresfrist brachte das Schauspielhaus seine Erschließungsarbeit, die vier Einakter-Grotesken Nachtbesuchung. Goeth ist in kluger Beschränkung bei der knappen dramatischen Stöße geblieben, für die keine Kräfte reichen. Als Schauspieler kommt und nützt er die Bühnenwirkfamkeiten. Aber er hat mehr zu bieten, er wagt seine kleinen, leichten Sachen mit Geist zu quirlern. Er unterhält auf einem Niveau, das zwar nicht







Es gibt für den Beamten kein Recht zum Streik!!  
Wer also für einen solchen stimmt, verläßt bewußt den Boden des Rechts.  
Jeder Beamte, der auf dem Boden des Gesetzes steht, ist verpflichtet, sein Stimmrecht auszuüben und gegen den Streik zu stimmen, wenn die ein geschwelliges Ziel verfolgende Abstimmung zu Stande kommt.  
Möge sich jeder Beamte darüber klar sein. Eine Beamtenerschaft, die für sich ein Recht zum Streik in Anspruch nimmt, untergräbt damit die gesetzliche Sonderstellung gegenüber den Arbeitern und muß damit rechnen, daß sie die bisherigen Beamtenrechte (gesetzlich festgelegtes Gehalt, lebenslängliche Anstellung, Pension, Dienstrentenversicherung usw.) in Zukunft verliert.  
Der Präsident der Eisenbahndirektion.  
gez. Herr.

Man sieht hier deutlich, was der Reichsverkehrsminister Brüder und der vom Rapp-Putsch rühmlich bekannte Präsident „Herr“ von der Eisenbahndirektion Halle a. S. gegen die Beamtenerschaft im Schilde führen. Durch diese Maßnahme verstärkt sich die geschlossene Eisenbahner-Einheitsfront aber nur noch mehr und die Gemüter steigern sich zum grenzenlosen Haß gegen die jetzige Reichsregierung und den ganzen reaktionären Verwaltungsapparat. Diese Herrschaften versuchen den Eisenbahner genau so wie unter dem wilhelminischen System Schreden einzulassen. Das wird aber nichts nützen, denn die Eisenbahnerchaft hat es satt, mit sich spielen zu lassen oder sich mit schönen Worten zufrieden zu geben. Wir haben gewarnt genug und werden bestimmt zu dem letzten gewerkschaftlichen Mittel greifen, sollten unsere Verhandlungen nicht den gewünschten Erfolg haben. Unsere Gegner lachen systematisch (nach Abschluß der letzten Reichstagswahlen) alle nur erdenklichen Mittel anzuwenden, um die Freiheiten, die wir durch die Revolution erworben haben, zu nichte zu machen.  
Selber müssen wir auch einen Teil der Eisenbahner die Schuld zurechnen, daß es so gekommen ist. Sie haben bei den Wahlen verlagert, obwohl gerade die Eisenbahner schon vor 1914 und während des Krieges darben mußten und von der damaligen Regierung schamlos ausgebeutet wurden.  
Die Eisenbahnerchaft ist sich bewußt, daß ein Eisenbahnerstreik fürchterliche Folgen für unser ganzes Wirtschaftsleben hat, aber die fürchterliche Not zwingt dazu. Wenn man weiß, daß viele Tausende Eisenbahnbeamte nur einen Monatsgehalt von 600 Mk. haben, so ist die Erbitterung derselben verständlich.  
Nicht die Beamtengehälter und Arbeiterlöhne sind an dem Defizit der Eisenbahn Schuld, sondern der Krieg, der in unbeschreiblicher Weise Eisenbahnmateriale zum Teil gänzlich vernichtet, zum Teil unbrauchbar machte. Z. B. kostete im Rechnungsjahr 1912 eine Tonne Kohle 12,40 Mk., im Jahre 1919 aber 198,40 Mk., also 16mal mehr als im Jahre 1912. Eine Tonne Schienen kostete 1912 120 Mk. und 1920 2772 Mk., also 23mal mehr. Schwellen kosteten 1912 122 Mk., 1920 3822 Mk., also 31mal mehr. An Beamtengehältern und Arbeiterlöhnen sind im Jahre 1912 15 Proz. der Gesamteinnahmen, nämlich 3 1/2 Milliarden, bezahlt worden; im Jahre 1919 4,6 Milliarden Mk. Vom 1. April bis 31. März d. J. hat man von den Gesamteinnahmen 22 Proz. an Arbeiter- und Beamtenlöhnen bezahlt, 57 Proz. für Reparaturkosten. Im Jahre 1918 sind gezahlt worden: 23 Proz. von der Gesamteinnahme in Löhnen und nur 27 Proz. für Reparaturkosten. Man hatte z. B. einige Eisenbahnwerkstätten geschlossen, trotzdem Arbeit genug vorhanden war.  
Es werden bis zum heutigen Tage noch Reparaturen in Privatwerkstätten ausgeführt. Wie sehen aber die privatkapitalistischen Reparaturen und Preise hierfür aus? Eine Lokomotive aus Frankfurt wurde auf der Wulkanwerkstatt in Steintal repariert. Die Reparatur kostete 188 000 Mk. Die Lokomotive hatte die Ehre von Steintal bis nach Frankfurt zu fahren, dann kam sie wieder in die Hauptwerkstatt. Der Kessel einer anderen Lokomotive wurde von Fritz u. Sohn in Frankfurt repariert. Diese Reparatur kostete 60 000 Mk. Aber die Lokomotive war nach der Reparatur gar nicht zu gebrauchen. Woran liegt das? Das liegt daran, daß innerhalb unseres Eisenbahnbetriebes in den Hauptwerkstätten die meisten Reglerungsgeräte stillstehen geblieben sind. Man sieht also aus alledem, daß nicht die Eisenbahner an dem Ruin der Eisenbahn Schuld tragen, das Grundübel liegt auf der Seite, die versucht, den Eisenbahner bei ihren wirtschaftlichen Forderungen Angst einzuspielen und ihnen in ihrem Kampfe hinderlich zu sein. Nur

eine gründliche Demokratisierung der Verwaltung, die schnellstens in Angriff genommen werden muß, kann uns retten.  
Die Eisenbahnerchaft ist sich bewußt, daß die Beamten wie Arbeiter fest zusammenstehen müssen, um den ewig. Kampf zum erfolgreichen Ende zu führen. Die Einheitsfront ist gebildet, nun gilt es, entweder zu siegen oder zu unterliegen. Das muß die Einheitsparole aller Eisenbahner sein.  
Die Ortsverwaltung des Deutschen Eisenbahner-Verbandes.

Verhandlungen zwischen Regierung und Eisenbahner.  
Am kommenden Mittwoch werden nach einer Meldung des Berliner Vertreters der Frankfurter Zeitung die Verhandlungen zwischen den Verkehrsverwaltungen und den Eisenbahnerorganisationen über die vor kurzem mitgeteilten Forderungen der vier großen Verbände beginnen. Die Verhandlungen werden von den beteiligten Verbänden von einem aus zehn Vertretern gebildeten Ausschuss der Organisationen geführt werden.

Einem glänzenden Wahlsieg hat der Zentralverband der Angestellten bei den Wahlen zum Bezirks- und Zentral-Betriebsrat für das Versorgungsamt in der Reichshauptstadt Leipzig erhalten. Der Reichsverband erstreckt sich auf das Gebiet von Leipzig, Chemnitz, Zwickau, Plauen usw., insgesamt auf 22 Wahlbezirke. Für die Bezirks-Betriebsratswahlen waren drei Listen aufgestellt worden. Liste 1 von den freien Gewerkschaften, Zentralverband der Angestellten und Gemeinde- und Staatsarbeiterverband, Liste 2 vom Deutschen Nationalen Handlungsgehilfenverband und Liste 3 vom Reichsbund der Berufssozialisten. Von den 1700 Wahlberechtigten haben 1654 (gleich 97 Prozent) von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht. Von den 1605 abgegebenen gültigen Stimmen sind entfallen: auf die freigewerkschaftliche Liste 1 1175 Stimmen, gleich 78 Prozent, während es die Liste 2 und 3 nur auf 158 bzw. 177 Stimmen brachten. Nicht in die Liste 1 gewählt wurde nur von den fünf ersten Kandidaten der Liste 1 gebildet. Das für die Liste 3 ein Teil der ehemaligen Militärämterstimmen würde, war von vornherein anzunehmen. Ein gutes Zeichen für die Werbekraft der Zentralverbandesliste ist es aber, daß auch Militärämter ihre Stimme für die Liste 1 abgaben. Ein geradezu überragendes Resultat hat der DVB. erlitten. Dessen Liste enthielt sechs Kandidaten von einer einzelnen Abteilung des Hauptversorgungsamtes und zwei Kandidaten von der Pensionsregulierungsbehörde. Für diese acht Kandidaten brachte der Deutschen Nationalen Handlungsgehilfenverband in beiden Listen insgesamt nur 15 Stimmen zusammen. Die übrigen abgegebenen Stimmen rekrutierten sich hauptsächlich aus den Wahlbezirken außerhalb Leipzigs.

Auch für die Hauptbetriebsratswahl vermochte der Zentralverband der Angestellten trotz der eingeleiteten 16 Listen den Vörantritt zu sichern. Dabei ist zu beachten, daß hierbei die beiden freien Gewerkschaften mit besonderen Listen auftraten. Von den 1625 abgegebenen gültigen Stimmen erhielt die Zentralverbandesliste 1 825 und die Liste 4 des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes 208 Stimmen, also 1193 Stimmen für die freien Gewerkschaften, das sind sogar 18 Stimmen mehr wie bei der Bezirks-Betriebsratswahl. Die Liste 3 der Berufssozialisten erhielt 162, Liste 15 des G. u. A. 79 Stimmen, also nur halb soviel wie für den Bezirks-Betriebsrat. Da der Gewerkschaftsbund der Angestellten für die Hauptbetriebsratswahl auch mit einer eigenen Liste aufgetreten war, so zeigte sich, daß auch dieser Verband keinerlei Boden im Leipziger Bezirk hat, er brachte es insgesamt nur auf 28 Stimmen.

Die Wahl gibt ein überzeugendes klares Bild von dem Vertrauen, das die Angestellten bei den Versorgungsbehörden in den Zentralverband der Angestellten sehen und insbesondere davon, daß der erstrebte Zusammenschluß aller Angestellten bei Behörden in unserem Zentralverband der Angestellten im Leipziger Bezirk ein gut Stück der Verwirklichung nähergebracht worden ist.  
Zentralverband der Angestellten.

Wahrung Bauarbeiter und Zimmerer!  
Durch Verhandlungen über ganz Sachsen wurde die Zahlung einer Leistungszulage von 60 Pfennig pro Stunde erreicht. Durch die organisierten Bauarbeiter und Zimmerer wurde diese Vereinbarung abgelehnt, weil die Zulage erst ab 10. Dezember gezahlt werden sollte. Die Abstimmung über ganz Sachsen erbrachte jedoch die Annahme der Vereinbarung, was auch für Leipzig bindend ist.  
Der Verband der Bauarbeitgeber hat durch Rundschreiben seine Mitglieder angewiesen, die Zulage ab 10. Dezember zur

Auszahlung zu bringen. Die Zulage kommt auch für Leiharbeiter und alle Spezialgruppen in Frage. Alle Kollegen, die die 60 Pfennig Zulage nicht erhalten, müssen sich sofort Mittelung machen.  
Die Verwaltungen des Bauarbeiter- und Zimmerer-Verbandes.

Neue Lohnbewegung im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau.  
Am Donnerstag voriger Woche fand in Halle eine Versammlung von Funktionären der Bergarbeiterorganisationen und etwa 100 Betriebsräten aus den Bezirken Halle, Altenburg, Zeitz, Weißenfels, Grimma, Borna, Ober- und Niederlausitz, Magdeburg und Könnig statt, die sich mit den neuen Lohnforderungen beschäftigte. Nach einanderher Aussprache wurde folgende Entschliessung gefaßt:  
Die Arbeiterchaft der mitteldeutschen Braunkohlenzentrale nimmt mit Entrüstung Kenntnis von der abnehmenden Haltung der Betriebsräte. Die Arbeiterchaft hält ihre Forderungen aufrecht und verlangt vor allen Dingen eine Befestigung der großen Differenz zwischen Bedingte- und Schichtlohnarbeitern. Es steht fest, daß in Mitteldeutschland die übrigen Berufsgruppen durchweg höhere Löhne als im Braunkohlenbergbau haben. Die Organisationsleistungen werden daher beauftragt, die zuständigen Ministerien zu benachrichtigen, daß eine Arbeiterlohnberlegung unvermeidlich ist, wenn die Lohnbewegung nicht bis zum 15. Januar nächsten Jahres abgeschlossen ist. Es war den Organisationsvertretern nur mit Aufbietung aller Kräfte möglich, eine sofortige Arbeiterlohnberlegung im gesamten mitteldeutschen Braunkohlenbergbau zu verhindern. Wir bitten dringend, alle Maßnahmen zu treffen, um eine Verhandlungsbasis zu schaffen, die den berechtigten Wünschen der Arbeiter Rechnung trägt. Die Folgen des Streiks sind nicht absehbar und würden dadurch Hunderttausende anderer Arbeiter in Mitleidenschaft gezogen.  
Die Unternehmer hatten vorher jede Verhandlung mit den Organisationsleitungen abgelehnt.

Buchdruckerstreik in der Schweiz.  
Infolge von Lohnkürzungen ist im Schweizer Buchdruck- und Zeitungsgerwerb Streik ausgebrochen. Die Arbeit wurde in Bern und St. Gallen vollständig, in Genéve teilweise eingestellt. In den übrigen Städten der Schweiz erschienen die Zeitungen noch.  
Ein Streik der Musiker an den Berliner Operettenbühnen brach am 1. Weihnachtstag aus. Die Vorstellungen wurden trotzdem abgehalten; die Sänger wurden von den Kapellmeistern am Klavier begleitet.

Am 31. Dezember erscheint:  
**LEIPZIGER MUSEUM FÜHRER**  
Museum der bildenden Künste  
von Dr. Hildegard Heyne  
100 Seiten Text + 54 Bilder  
Preis nur Mk. 8<sup>80</sup> mit Zuschlägen  
Vorrätig in allen Buch-, Kunst- und Papierhandlungen und an der Casarode des Museums  
H. Sessel / Verlag / Leipzig / Roßstraße 5

**Unwillige Bekanntmachungen.**

**2. Verordnung zur Ergänzung der Schrotmühlverordnung vom 6. September 1919.**

Auf Grund des § 73a der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1920 vom 21. Mai 1920 — RGBl. S. 1027 — wird hiermit folgendes bestimmt:  
I.  
Hinter § 2 der Verordnung betreffend Schrotmühlen vom 6. September 1919 — Nummer 209 der Sächs. Staatsgesetzgebung vom 9. September 1919 — wird folgende Vorchrift als § 2a eingefügt:  
„Es ist verboten,  
1. Schrotmühlen mit Sichtvorrichtungen oder Sichtvorrichtungen, die zur Anbringung an Schrotmühlen geeignet sind, im Freistaat Sachsen abzuleben;  
2. in Briefen oder sonstigen geschäftlichen Mitteilungen Schrotmühlen mit Sichtvorrichtungen oder Sichtvorrichtungen, die zur Anbringung an Schrotmühlen geeignet sind, anzubieten oder anzupreisen, es sei denn, daß das Angebot oder die Anpreisung lediglich zum Absatz nach dem Auslande erfolgt;  
3. ohne vorherige Genehmigung der Vollstreckungsbehörde des Ortes der gemeinlichen Niederlassung oder, in Ermangelung eines solchen, des Wohnortes des Angelegenden Schrotmühlen mit Sichtvorrichtungen oder Sichtvorrichtungen, die zur Anbringung an Schrotmühlen geeignet sind, in periodischen Druckchriften oder in sonstigen Mitteilungen, die für einen größeren Kreis von Personen bestimmt sind, anzubieten oder anzupreisen.“  
Folgebeförderung ist in Städten mit resp. ländlicher Städteordnung der Stadtrat, im übrigen die Amtshauptmannschaft.

**Metallarbeiter-Verband**  
Die Mitgliedschaft liegt allen Metallarbeitern unentgeltlich ob.  
Büro: Leipzig, Markt 10, 1. Stock.  
Freitag, den 31. Dezember ist das Büro nur von 8 bis 1 Uhr geöffnet.

**Deutscher Kürschner-Verband**  
Filiale Markranstädt.  
Mittwoch, den 29. d. Mts., abends 8 Uhr im Thüringer Hof.  
**Branchen-Versammlung**  
Wir alle in den Kürschnerkreisen u. Hüttenkreisen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Bekanntgabe des Schiedspruchs. Die Verwaltungen.  
„Ein Plan zur Sozialisierung der Landwirtschaft“ von Karl Marohoninl. — Preis 2 Mk.  
**Leipziger Buchdruckerei A. G.**  
Leipzig, Taupfer Straße 19/21.

**Silvester-Angebot**  
48/45° Batavia-Arrak und Jamaica-Rum-Verschnitt (einschl. Flasche und Steuer) 60 Mk.  
Hollm. Altrich, 22. Baumann.

**Sautjucken**  
(Krätze)  
wirksames Spezialmittel.  
König Salomo-Apoth., Leipzig.

**Sohlenleder!**  
billig!  
N. Flam, Katharinenstr. 14  
Ladenelng. Böttcherböden.

**Reiß & Dorn**  
Telephon 19834.  
Spezialität: Hoch Veredelung von Holzschuhen mit Holzsohle Holzschuh-Veredelung Holzschuh- und Pantoffelarbeiten.  
Selle Bezugsmaterialien für Ledererretäuler.  
Verkauf- u. Annahmestellen: Hauptgeschäft: E. Stettin's Ballstr. 10. Zweigstellen: Anger, Wölflauer Str. 33 und Seifert, Wölflauer Str. 49.

**Familien-Nachrichten**

Die Geburt einer zweiten Tochter zeigen hoch erfreut an Blöckermeister Woldemüller u. Frau. Großschocher, den 26. Dezemb. 1920.

Für die wähtenden Beweise herzlichster Anteilnahme und Liebe beim Hinscheiden meiner lieben unvergesslichen Tochter  
**Toni Sperling**  
sage ich hierdurch allen meinen herzlichsten Dank.  
Döllitz, 27. 12. 20. In tiefer Trauer  
Mutter Sperling, Walter Sperling, Martha Kowalski geb. Sperling.

Am Sonntag, dem 26. Dezember, starb plötzlich mein lieber Sohn, Bruder, Neffe und Cousin  
**Max Hauswald**  
im Alter von 35 Jahren.  
Mutter und Geschwister.  
Beerdigung findet am Donnerstag, 30. Dez. 1920, vorm. 11 Uhr, auf dem Bindener Friedhof statt.

In der Nacht vom 1. zum 2. Feiertag verschied nach langer Krankheit mein lieber Mann, unler guter Vater  
**Gustav Richter, Dachdecker, Paunsdorf**  
Anna Richter und Kinder nebst allen Hinterbliebenen.  
Beerdigung: Mittwoch, den 29. Dezember, nachm. 2 Uhr, von der Lohenhalle des Paunsdorfer Friedhofes.

neuen Sonderlebensmittelformen für Kinder bis zu 2 Jahren, wendende und kranke Mütter, sowie Lungenkranke, sind von Mittwoch, den 29. Dezember 1920 bis Mittwoch, den 5. Januar 1921 auf Zimmer 8 gegen Rückgabe der alten Markenlöcher abzugeben. Die Lebensmittelkarten sind dann sofort bei einem Kaufmann zur Belieferung anzubringen und diese haben die fälligen Abnahme bis spätestens Mittwoch, den 5. Januar 1921, mittags 12 Uhr, auf Zimmer 8 abzuhändigen. Bei Nichtabnahme dieser Karte erlischt der Anspruch auf Belieferung der Karte fälligen Markenabnahme. 3. Donnerstag, vorm. von 8—11 Uhr: Brotverkauf bei Bunge. 1/2 Sack 8,25 Mk.  
Der Stadtrat zu Taucha.

**Sparkasse Gaußich.**  
Des Kontenabchlusses wegen vom 18. bis 31. Dezember 1920 geschlossen.

Hierdurch allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein gutes herannahendes Marthchen, meine unvergessliche Frau, unsere gute Tochter, Schwester, Schwiegertochter und Schwägerin  
**Martha Haugk geb. Enge**  
im noch nicht vollendeten 26. Lebensjahre nach kurzem schwerem Leiden am 27. Dezember verschied ist.  
L. Plagwitz, 1. Schöcherstraße Str. 24  
Der trauernde Gatte **Karl Haugk**  
im Namen aller Hinterbliebenen.  
Beerdigung Donnerstag 2 Uhr Plagwitz Friedhof.

Am 2. Feiertag verschied unerwartet nach langer Krankheit mein Kompanion  
**Herr Gustav Richter**  
Ich bedaure aufrichtig sein frühes Dahinscheiden. Werde mich bemühen, das Gedächtnis der Frau Richter & Müller in wohlwollender Weise weiterzuführen.  
Paunsdorf, den 28. Dezember 1920.  
Hermann Müller  
Dachdeckermeister.

Nach langem schwerem Leiden verschied am 2. Feiertag 1/2 Uhr mein lieber treuherziger Mann, mein guter Vater  
**Kurt Kauröff**  
L. Plagwitz, Wiegandstr. 8, 26. Dez. 1920.  
Dieses selgen in tiefster Schmerz an **Lina varw. Kauröff** nebst Tochter, Vater u. Angehörigen.  
Trauerfeier und Einäscherung Donnerstag 3 Uhr auf dem Friedhof. Blumenpenden bes. dank. abgelehnt.



# Inserate

für die am Freitag, 31. Dezember, nachmittag, erscheinende **Silvester-Nummer** bitten wir möglichst bald, spätestens am Donnerstagnachmittag, aufzugeben.  
Leipziger Volkszeitung. Inseraten-Abteilung.

**Lichtspiele**  
**Zschocher**  
Telephon 40960 Inhaber: M. Raschke  
Dienstag bis Donnerstag  
**Der Raub**  
:: der Topharmumie ::  
Sensations-Drama in 5 Akten  
**Bruno Kastner**  
in  
**Weisse Rosen**  
Drama in 4 Akten  
**Die Liebeskur**  
Einlass 1/2 5 Uhr

**Schlosskeller**  
**Lichtspiele.**  
Heute Dienstag bis Donnerstag  
**Die Karten des Todes**  
Hochspannender Detektiv-Schlager sowie ein  
**Glänzendes Boloprogramm!**  
Anfang 5 Uhr — Letztes Programm 9 Uhr  
**Neue fachmännische Leitung!**  
Um Beachtung der Theater-Reklame wird höflichst gebeten.

**Lindenauer**  
**Lichtspiel-Haus**  
Nur Lützner Strasse 19  
Auf vielseitigen Wunsch!  
**Der Kindesraub im Zirkus Buffalo.**  
Dieser Film wurde in Berlin wochenlang vor-  
täglich ausverkauften Häusern vorgeführt.  
**Nur für Erwachsene!**  
**Praeriegrauen.**  
Wild-West-Sensation.  
Freitag Harry Piel und Eva May.

**Wer zuletzt lacht...**  
An eine Leserin,  
die sich beschwert!  
Sie schreiben uns:  
„Wenn mein Mann nach-  
mittags nach Hause kommt,  
legt er sich aufs Sofa und  
liest. Das ist ja sein gutes  
Recht, aber es ärgert mich,  
wenn ich in der Küche wirt-  
schafte, daß er alle Augen-  
blicke laut auflacht. Wenn  
ich reingehe und ihn frage,  
was er denn hat, sagt er  
bloß: „Ach, ich in Ruhe,  
ich lese Büllinger!“ — Was  
soll ich dagegen machen?“  
Die Antwort ist einfach:  
Lesen Sie  
**auch Büllinger!**  
„Büllinger u. seine Jucht“  
ist in der Buchhandlung und  
den Filialen der Leipziger  
Volkszeitung zum Preise von  
Mark 7.— zu haben.

**Lichtspiele**  
**Bornaische Str.**  
Heute Dienstag bis Donnerstag  
Erstaufführung für Leipzig  
**Hedda Vernon**  
Trägerin der Hauptrolle in dem gewaltigen  
Sitten- und Gesellschafts-Drama  
**Taumel**  
6 Akte von Iloerschütterndor Wirkung.  
**Der Vorstadt-Karuso**  
Grosser Lustspielschlager in 4 Akten.

**FILMPALAST**  
L.-Lindenau, Gundorfer Strasse 31.  
Ab heute nur 3 Tage!  
**Staatsanwalt Briands Abenteuer**  
II. Teil: Dem Wellengrab entronnen  
**6 mit Lee Parry und 6**  
**Violetta Naperska.**  
6 Akte Sensation über Sensation! Akte  
Für denjenigen Teil des Publikums, der  
den aufsehenerregenden Filmwerk noch  
nicht gesehen hat, bringen wir eine  
ganz kurze Wiederholung des I. Teils.  
— **Dazu ein weiteres Programm!** —  
Das Theater wird durch Zentralheizung  
angenehm durchwärmt.

**Mieterschutz.**  
**Mieter Leipzigs und Umg.**  
Schutz gegen die fortwährenden und übermäßig hohen  
Mietsteigerungen schafft sich der Mieter nur durch Er-  
zwingung des Mitbestimmungsrechtes im Hause, und  
dauernde Kontrolle über die Verwendung der Miets-  
erträge. Insbesondere darüber, ob die erhöhten  
Mieten auch für den Zweck Verwendung finden, für den  
sie gefordert sind. Darum Mieter, schließt euch dem  
Leipziger Mieterverein an, denn nur dieser führt zum Ziel.  
Anmeldungen sind zu richten an die Geschäftsstelle  
des Leipziger Mietervereins, Marktgrabenstr. 8, I.  
Geschäftszeit von 9-5 Uhr.  
Jahresbeitrag Mk. 5.—, Eintrittsgeld Mk. 1.—.

**...lacht am besten!**

Preis 60 Pf. **FREIE WELT** Preis 60 Pf.  
Leipziger Buchdruckerei A. G., Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

Arbeiter u. Parteigenossen!  
Lest Euer illustriertes Blatt  
die Wochenschrift der U.S.P.D.  
**Freie Welt**  
Preis 60 Pfennig  
Zu beziehen durch die  
Leipziger Buchdruckerei Akt.-Ges.  
Abteilung Buchhandlung, Tauchaer Straße 19/21

**Brennholz**  
in großen und kleinen Posten frei  
Haus sowie wagnonweise liefert  
**Mitteldeutscher Brennstoff-Vertrieb**  
Friedrich König, Leipzig-Kleinzscho-  
Dieselfastraße 39. Fernruf 40 874.

In unserm Verlage erschien:  
**Die Reichs-**  
**einkommen-**  
**steuer**  
Gemeinverständliche Dar-  
stellung des Reichseinkommen-  
steuergesetzes f. Arbeiter,  
Angehörige u. Beamte unter  
besonderer Berücksichtigung  
des Arbeitseinkommens mit  
Beispielen für die Steuer-  
berechnung, Steuer-Tabelle  
und Tarif.  
Von **Rudolf Weck**,  
Königsberg i. Pr.  
Preis 1.50 Mk.  
Alle Austräger u. Filialen  
der Volkszeitung nehmen Be-  
stellungen entgegen.  
Leipziger Buchdruckerei A.-G.  
Abt. Buchhandlung  
Tauchaer Straße 19/21.

**Rognat-Berkschnitt** Flasche . . . Mk. 43.-  
**Jamaika-Rum-Berkschnitt** Flasche Mk. 50.-  
**H. Bunsch** Flasche . . . . . Mk. 45.-  
empfehlen  
**L. O. Kaspar Nachf., Plagwitz**  
Althofersche Straße 30.

**Salz-Heringe**  
1a Norweger, Pfund von 1.50 an. Neue Holländer, Pfd. 4.25  
Schotten, Pfd. 6 Mk. (Heringssilber u. Regen.) Oelsardinen  
usw. in reicher Auswahl  
**Johann Rudschka, Fischwaren-Grossh.**  
L.-Lindenau, Gundorfer Str. 17, Teleph. 43 203

## Kleiner Anzeiger

**Arbeitsmarkt**  
**Ein neuer Beruf**  
Ist heute die Sorge von Tausenden, die ihrer bisherigen  
Tätigkeit, ihres Lebensberufes beraubt sind. Allen,  
die umlernen müssen, empfehlen wir daher, ihre  
Allgemeinbildung zu heben, Examen oder Prüfungen  
nachzuholen, fehlende kaufmännische oder bank-  
technische Kenntnisse zu ergänzen, eine landwirt-  
schaftliche Fachbildung zu erwerben oder technisches  
u. fachwissenschaftliches Können zu vervollkommen.  
Verlangen Sie daher noch heute ausführlichen **Prosp-  
pekt R. 191** über die **Selbstunterrichtsmethode**  
**Rustlin** oder für technische und fachwissenschaft-  
liche Bildung den ausführlichen **Prosp. K. 202**  
über das **System Karnack-Hachfeld** kostenlos und  
portofrei. Stand und Beruf bitten wir anzugeben.  
**Bonness & Hachfeld, Verlagsbuchh., Potsdam.**

**Konfirmanden-Anzüge**  
ganz besonders billig  
Größte Auswahl, beste Qualität  
**J. Kindermann** Neumarkt 1. I. Etg.  
Gegr. 1880. Tel. 16057.

**Uhren**  
Gold- und Silberarmud,  
Brillanten, Leibhausuhren,  
Taschen- und Armbänder,  
Photoapparate, Musikwerke,  
Geigen, Bandoneons, Man-  
dolinen, Gitarren,  
Größter Ein- und Verkauf.  
**Walther Lory**  
15 Johannigasse 15.  
Winkelformen, verid. Fasson,  
abwagb. Off. U 60 Exp. d. Bl.

**Felle-Einkauf.**  
Ich bin nach wie vor Käufer für alle Sorten roher  
Felle und Felle zu  
höchsten Tagespreisen.  
**Albin Wagner, Querstr. 27.**

**Geübte Hausarbeiterinnen**  
für Kleinarbeiten und Zusammen-  
setzen von Spielwaren gesucht  
**Gebr. Westphal** Leipzig-Plagwitz  
Nonnenstr. 25-27

Zirka 5000 Pfund  
frische  
**Blutwurst**  
leicht angeräuchert  
**12 Mark**  
in ganzen und halben Würsten.  
**GOSKE**  
Windmühlenstr. 4-12, Fil. Johannisplatz.

**Achtung!**  
Verkaufe Schraubstich, neues  
Werkzeug, Rohmaterial und  
verschied. andere, passend für  
Vulkaniseur, Leips.-Gohlitz,  
Fabriksstraße 14, I. Etage W.  
Pinscher, a. Wachs, u. Ratten-  
fang, 13. Stub.-Händl., 82B,  
60.4. Plg., Merlebra. St. 2. II. r.  
Schw. Seig. s. vt. od. 3. tauch.  
Sellersh., Döbelnstr. 16a, III. r.

**8ung!**  
Papier  
Lumpen  
Flaschen  
Alt-Metalle  
kauft **Segmüller**,  
Schützenhausstraße 10.

**2 gewissenhafte**  
**Garberobefrauen**  
für Sonn- u. Festtage gesucht.  
**Gaßhof Zweinaundorf.**

**Speisefartoffeln**  
werden morgen, den 29. 12.,  
im **Rindenkeller**, Dehlig,  
geg. sofort. Anzahl. abeneb.  
**Achtung!**  
**Kiefern-Brennholz**  
billig — offeriert  
**Jentner Nr. 15.**  
**Karl Rusk & Co., Conne-**  
**witz, Probitheaterstr. 40.**  
**Mil.-Schuhe** Stiefel, Paar  
165 3011, vert. 1.  
Dresdenerstr. 69.

**2 Cutaw** m. gestreift. Dose  
275.4 und 375.4  
**2 Anzüge** m. Umichlan u.  
Gürtel 375.4  
Mäntel, Gehrockanzug, gestreift.  
Dose, sehr bill. Lange Str. 10 I.  
**Chaisel. Li.** Josephstr. 7, 5. r.  
**Grammophon** m. Pl. tr. 11, 150.  
Platt. d. v. S. 8. 3serbr. laute.  
vt. St. Demmeringstr. 80, II. r.  
**Nähmaschine** gut abgeb. zu  
nt. Kappe, Nürnbergstr. 11.

**Kaufgesuche**  
**Kaufe** Herren-Garderobe  
Militär-Sachen, 1.  
Bett- u. Leibw. Leihhausd.  
Kint. Kaufliche Gasse 6. vt.  
**Kaufe** Herren-Garderobe  
Militär-Sachen,  
Bett- u. Leibw. d. Schube,  
**Wademil** neben  
Windmühlenstr. 33, I. Altdoria  
Anzug u. Mantel, getr., fl.  
Fig. v. Helm, a. H. a. Preisoff.  
Kämpf. Ang. Breite Str. 13, I. r.  
**Nähmaschine** kauft  
Kappe, Nürnbergstr. 11.  
**Nähmaschinen** 4 St. gebr.  
a. defekt, 1.  
Stö. Sommerfeld Str. 21, II. I.  
**Klavier**, gut abg., a. lauf. a. Dff.  
u. R. Filiale Connewitz erb.

**Kaufe**  
nach wie vor sämtliche  
rohen  
**Felle**  
**Wildwaren, Tierhaare**  
**J. & J. Wagner**  
Brühl 21, III. I.  
Tel. 9980 :: Fabrikant

**Achtung!**  
**la. Speisefartoffeln**  
Liefer. auch zentrerweile.  
**R. Schneider, Schönefeld,**  
Dinnwiesstr. 23. Tel. 13747.  
**STUMPEN**  
10 Stück-Verpackung nur Mk. 5.50  
Geberstr. 40 u. Eiferstr. 3. I.

**Herrenanzüge, Paletots, Ulster**  
sowie verschiedene gebrauchte  
**Rinderschuhe** billig zu ver-  
kaufen **Korbgrabenstr. 12, v. I.**  
**2 mod. Anz.** gute Stoffe,  
m. 38. gebr., 100.4.  
**Cutaway** m. 38. gebr., 100.4.  
gestr. Dose, eleg., 80, 85, 110.4.  
Gehr. Ana. Burgstr. 18, II. I. r.  
**Ruhe, Lampf., Sofa, 4 Stühle,**  
**Tisch** No., Katalanstr. 18, v. I.

**Woll-**  
**oder Fuchshaut**  
ab. Boa lit. aus Privatband  
Alberhodi. Co. Altmühl. 11, II.

**Kaninfelle**  
kauft **B. Krause**,  
**Leipziger Lindenau**  
**Burgauenstr. 12.**  
Felle aller Art kauft **Rüsch**,  
**Leipziger Plauenische Str. 7, II. r.**  
**Hasen- und Kanin**  
Felle kauft **Rüschner**  
**Grundig :: Gohlis**  
Straßburger Str. 8, IV.

**Kanin-Hasen-Ziegen**  
u. alle and. Felle f. Käufer,  
Hainstr. 20, II. Tel. 60029 u.  
Eisenbahnstr. 69 (Laden). I.  
**Bermittelte Anzeigen**  
**Waene** hiermit jedermann  
mein Frau, Raja Schulze  
etwas zu borg. da ich nichts  
aufnehme, **Edmund Schulze**,  
**L.-Schönefeld, Reoftr. 4, II.**  
Bitte u. Rückgabe d. Hand-  
tische, d. 2. Feter, nam. 1/5 U.  
a. d. Salzfelle d. Südfriedhof  
abhand. gefomm. Geldbetrag  
kann behalt. wd., außerdem  
hohe Belohnung, da Hand-  
tische und Inhalt **Anderten**,  
**Bothe, König-Johann-Str. 2.**  
Entlaufen 24. 12. 5 Mon. alter  
Schäferhund, gelbb. u. dunkl.  
Fäden. Ges. Belohn. abzug.  
Schade, **Plagw. Giesstr. 2, I.**  
St. Schwarz, Spitz, a. 23. 12. ent-  
laufen. Ges. Belohn. abzug.  
Schade, **Dimpfstr. 60, I. Böh.**  
**I. Berleih-Institut**  
fein. Gesellschaftsanlage  
**J. Kindermann**  
Neumarkt 1. I. Ed. Grimm-Str.  
**Beltsachen** Neuankertia,  
billa Hainstraße 29, II. und  
Eisenbahnstraße 69, Laden,  
Telephon 69 020.  
**Wohnungen**  
Einf. möbl. 3 Zimmer u. Wasbel.  
a. Schlafst. a. vrm. **Südt. 24, III. r.**  
Junger Mann sucht möbl.  
Zimmer mit K. o. k. Nähe  
Hauptbahnhof — **L. K. Gessl.**  
Offert. u. W. 62 a. d. Exp. d. Bl.  
Gesucht einf. möbl. Zimmer  
od. Schlafst., Nähe Zentrum,  
event. mit Abendkost. Offert.  
unter T. 59 a. d. Exp. d. Bl.  
Vetterer **adentlich**, Arbeiter  
lucht Schlafst. Offert.  
unter V 61 Erndition d. Bl.